

Michael Lüders

Grenzland

Macht und Glauben
in Zentralasien

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Karte: Christine Sieber, Frankfurter Allgemeine Zeitung
Satz: Petra Strauch, Bonn
Druck: DCM, Meckenheim
ISBN: 3-89892-144-1

Kontakt:
Internationale Politikanalyse
Internationaler Dialog
Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17
D-10785 Berlin
E-Mail: luedersm@fes.de



Quelle: Christine Sieber, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Inhalt

- 7 Der Islam in Zentralasien – auf dem Weg zum Gottesstaat?
- 25 Kirgistan: Hungermärsche in der »Insel der Demokratie«
- 30 Kasachstan: Das lange Leben der Weißen Knochen
- 38 Usbekistan: Tee im Garten Timurs
- 47 Die Folgen des 11. September für Zentralasien
- 52 Tadschikistan: »Ein schlechter Frieden ist besser als ein guter Krieg«

Der Islam in Zentralasien – auf dem Weg zum Gottesstaat?

DSCHALALABAD IST EIN UNWIRKLICHER ORT, wie so viele in Zentralasien. Alles zerfällt: die Verwaltungsgebäude und Wohnsiedlungen aus sowjetischer Zeit, Plattenbauten mit Lenin-Motiven und Friedenstauben. Im einzigen Hotel Badezimmer, die documentarisch wären: Studien in braun, durchgängig eingerostete Spülkästen, Wasser, das seit Jahren durch die Toilette rauscht, Badewannen ohne Armaturen und somit ohne Wasseranschluss. Möglicherweise ein Sinnbild, warum die Sowjetunion gescheitert ist. Entlang der stillgelegten Bahnlinie ein Basar mit fliegenden Händlern, zu beiden Seiten gesäumt von schlichten Lehmhäusern.

Nur wenige Ausländer verirren sich nach Dschalalabad im Süden Kirgistans. Es gibt hier nichts, außer Anschauung. Für fast alle Probleme der Region: wirtschaftlicher Niedergang, ethnische Spannungen, politische Repression, radikalislamische Bewegungen. Nach dem 11. September 2001 schließlich hielt die Weltpolitik Einzug in Kirgistan – ein kleines, entlegenes Gebirgsland an der Grenze zu China, das in Deutschland kaum jemand kennt. 400 Kilometer oder eine Tagesfahrt über staubige Schlagloch-Pisten nördlich von Dschalalabad, in der Hauptstadt Bischkek, befindet sich die größte Militärbasis der Anti-Terror-Koalition in Zentralasien. 2000 Soldaten sind dort stationiert, überwiegend Amerikaner und Franzosen, die von der Manas-Airbase zu Aufklärungsflügen und Bombenabwürfen über Afghanistan starten.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die zentralasiatischen Staaten Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan,

Kirgistan und Tadschikistan 1991 unabhängig. »Die Folge war eine Neuordnung der ethnischen Verhältnisse«, betont Valery Ulev, Direktor der Nichtregierungsorganisation »Gerechtigkeit« in Dschalalabad, die für Rechtsstaatlichkeit und politische Reformen streitet. »Die Russen wurden aus fast allen Führungspositionen verdrängt und von Angehörigen des jeweiligen Staatsvolkes ersetzt, in Kirgistan also durch Kirgisen. Die Folge war ein Massenexodus der Russen aus Zentralasien. In Südkirgistan sind 80 Prozent der russischen Bevölkerung emigriert, darunter die administrative und intellektuelle Elite.«

Anders als in den baltischen Staaten erhielten die ethnischen Minderheiten in Zentralasien problemlos die Staatsbürgerschaft der neu entstandenen Nationen. Aber sie sind Bürger zweiter Klasse und im Staatsapparat – Politik, Justiz, Verwaltung, Sicherheitskräfte – kaum vertreten. »Überall dort, wo es um Macht und Geld geht, finden Sie zu 99 Prozent Kirgisen«, sagt Valery Ulev, selber ein Russe. »Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn dieser Ethnozentrismus dem tatsächlichen Bevölkerungsanteil der Kirgisen entspräche. Das aber ist nicht der Fall.«

In der Tat stellen die Kirgisen lediglich 65 Prozent der fünf Millionen Einwohner Kirgistans, 25 Prozent sind Usbeken, 10 Prozent Russen. Ein Drittel der Bevölkerung ist folglich von der Ressourcenverteilung weitgehend ausgeschlossen, hat kaum die Möglichkeit, Beamter oder Angestellter zu werden – der Staat ist jedoch der größte Arbeitgeber. Während sich die verbliebenen Russen mit ihrem Schicksal, nicht länger die dominante ethnische Gruppe in Zentralasien zu sein, weitgehend abgefunden haben und als Händler und Geschäftsleute ihr Auskommen suchen, nutzt vor allem die usbekische Minderheit den radikalen Islam als Ventil für ihre Unzufriedenheit. Was auch mit der Geographie zusammenhängt, der widersinnigen Grenzziehung zwischen den Nachbarn Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan. Sie folgt weitgehend den Vorgaben Stalins aus den dreißiger Jahren, der bewußt ethnisch zusammengehörige Siedlungsräume teilte, um die Zentralmacht in Moskau auf Kosten der Regionen zu stärken. Mit dem Ende der Sowjetunion wurden aus Verwaltungsgrenzen Staatsgrenzen mit Schlag-

bäumen, Pass- und teilweise Visumpflicht.

Dort, wo der Süden Kirgistans, der Osten Usbekistans und der Norden Tadschikistans zusammentreffen, liegt das Fergana-Tal, das historische, kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Zentrum Zentralasiens. Dieser fruchtbare Landstrich, nur 320 Kilometer lang und bis zu 110 Kilometer breit, ist seit Jahrhunderten die am dichtesten besiedelte Region Zentralasiens. Heute leben hier 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, 10 Millionen Menschen, auf insgesamt fünf Prozent der Gesamtfläche. Gleichzeitig gibt es im Fergana-Tal die stärkste grenzüberschreitende ethnische Mischung aller GUS-Staaten, wobei die usbekischen Minderheiten in Kirgistan und Tadschikistan sowie die tadschikische Minderheit in Usbekistan von entscheidender Bedeutung sind. Ungewöhnliche Probleme sind entstanden: im Süden Kirgistans liegt eine Enklave, die zu Usbekistan gehört, aber mehrheitlich von Tadschiken bewohnt wird. In entlegenden Gebieten wissen nicht einmal die Einheimischen, wo genau die Grenzen verlaufen. Ein gefährliches Unwissen, da sie auf usbekischer Seite teilweise vermint sind und immer wieder Menschen töten, mindestens 55 in den letzten drei Jahren, in erster Linie Tadschiken.

Die willkürlich mäandrierenden Grenzen haben alte Handelswege noch aus den Zeiten der Seidenstraße unterbrochen, trennen landwirtschaftliche Großbetriebe von ihren traditionellen Absatzmärkten, und sie haben maßgeblich zum Zusammenbruch der maroden sowjetischen Industriebetriebe beigetragen. Infolge hoher Zollabgaben waren sie nicht länger wettbewerbsfähig. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im kommunalen oder Wirtschaftsbereich gibt es in Zentralasien erst in Ansätzen. Die Regime, gleichermaßen repressiv und instabil, befürchten, dass offene Grenzen gleichbedeutend wären mit Machtverlust und einem erhöhten Sicherheitsrisiko. Der Alltag besteht folglich aus Improvisation. So führt die Hauptstraße von Dschalalabad nach Osch, dem vierzig Kilometer weiter südlich gelegenen Verwaltungszentrum Südkirgistans, einige wenige Kilometer durch Usbekistan – und ist somit visumpflichtig. Die Einheimischen umfahren die Grenze weiträumig über eine sehr schlechte Piste, was die Fahrtzeit auf

fast drei Stunden erhöht.

Im dichtbesiedelten Fergana-Tal ist Land ebenso knapp wie Wasser und Arbeit, und die Konkurrenz um die begrenzten Ressourcen führte in der Vergangenheit wiederholt zu Konflikten und Gewalt unter den Volksgruppen. 1990 kam es in Osch zu einem Massaker zwischen Kirgisen und Usbeken mit mehr als tausend Toten, ein Jahr später wiederholten sich die ethnisch motivierten Unruhen in einer Kleinstadt südlich von Dschalalabad mit über hundert Toten. Infolge des Flächenverbrauchs expandierender Städte und des Bevölkerungswachstums sinkt der Anteil kultivierbaren Bodens ständig. Nach der Unabhängigkeit sind die Kolchosen und Sowjosen in der Regel nicht privatisiert worden. Die größten Grundbesitzer kommen aus den Reihen der altneuen Nomenklatur, die vor allem am gewinnträchtigen und alles beherrschenden Baumwollanbau interessiert ist. Die Bauern sind überwiegend lohnabhängige Saisonarbeiter, die ein Gehalt von etwa zwei Euro beziehen – im Monat. Das reicht nicht einmal für ein tägliches Fladenbrot. Um zu überleben, bauen sie Obst und Gemüse auf ihren eigenen kleinen Anbauflächen an. Pro Familie sind das durchschnittlich 0,1 Hektar, wenig mehr als Schrebergärten.

90 Prozent der Schulabgänger in Südkirgistan sind arbeitslos, und der Gouverneur von Osch bekennt offen, dass die Regierung kein Konzept habe, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Gleichzeitig bietet der Staat kaum soziale Dienstleistungen, das Gesundheits- und das Bildungswesen befinden sich unaufhörlich im Niedergang. Überall in Zentralasien gibt es eine starke Sowjet-Nostalgie: damals hatten die Menschen Arbeit, Einkommen und eine Perspektive.

Angesichts solcher Rahmendaten wundert es nicht, warum das Fergana-Tal die Hochburg der Islamisten in Zentralasien geworden ist, in seinem radikalen Potenzial vergleichbar dem nördlichen Kaukasus, Tschetschenien also und Dagestan. »Hinzu kommt natürlich, dass das Fergana-Tal immer schon konservativer und religiöser war als das übrige Zentralasien«, sagt Alischer Sabirov, Unternehmer und Parlamentsabgeordneter aus Osch, ein Usbeke. »Der Glanz vergangener Epochen wirkt nach. Denken Sie nur an

den Einfluss von Buchara und Samarkand auf das islamische Geistesleben, an den Herrscher Babur, der vor 500 Jahren im Fergana-Tal aufbrach und in Indien die Dynastie der Moghuln begründete.« Das alles lebe im Unterbewusstsein fort und entschädige teilweise für den Identitätsverlust seit dem Ende der Sowjetunion.

Nutznieser der tiefgreifenden Krise ist vor allem die Hizb ut-tahrir al-islami (Partei der islamischen Befreiung, meist nur Hizb ut-tahrir genannt). »Ihre Anhänger versuchen, einfache Menschen zu missionieren«, sagt Alischer Sabirov. »Bislang ohne durchschlagenden Erfolg, ihr religiöser Fanatismus hat in der breiten Bevölkerung keine Wurzeln. Dennoch arbeitet die Zeit für die Partei, nicht gegen sie. Es gibt einfach zu viele Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben.«

Die Hizb ut-tahrir (HT) ist, politisch gesehen, ein Phänomen. Es gibt kaum eine islamisch-fundamentalistische Bewegung, über die so wenig bekannt wäre. Gegründet wurde sie 1953 in Jordanien als Abspaltung der Muslimbruderschaft. In der islamischen Welt ist die HT überall verboten und bestand über Jahrzehnte offenbar nur als loses Netzwerk Gleichgesinnter. Eine breitere Basis vermochte sie lediglich in Syrien aufzubauen, wo sie nach der brutalen Niederschlagung eines islamistischen Aufstandes in Hama 1982 das entstandene organisatorische Vakuum teilweise füllte. Und in Zentralasien, im Fergana-Tal, wo sie seit Mitte der neunziger Jahre aktiv ist, unterstützt vor allem von Usbeken.

»Die Behörden in Kirgistan haben strikte Weisung, Aktivisten der Partei sofort zu verhaften. Ich halte das für keine gute Idee«, meint der Abgeordnete Sabirov. »Das führt nur zur Eskalation. Wir sollten nicht die Fehler Usbekistans wiederholen und zum Polizeistaat werden. Besser wäre es, Ventile zu öffnen. In Südkirgistan gibt es nicht einen einzigen Usbeken in einer politischen Führungsposition. Wir haben 105 Abgeordnete im Parlament, darunter nur fünf Usbeken und fünf Russen. Damit fängt es an.«

Die Zentrale der HT befindet sich in London, wo sie ihre Anhänger unter den jungen Muslimen der zweiten Einwanderergeneration rekrutiert. Ihr Führer ist offenbar Scheich Zaloom, ein Palästinenser, der früher an der Al-Azhar-Universität in Kairo lehrte.

Auch in Deutschland ist die HT aktiv. Mit Sitz in Duisburg organisiert sie Veranstaltungen an Moscheen und Universitäten, vertreibt Hochglanz-Zeitschriften auf Deutsch und Arabisch sowie das türkische Magazin *Hilafet* (Kalifat). Über den Aufbau, die finanziellen Ressourcen und die Zahl ihrer Anhänger gibt es keine verlässlichen Angaben. Die International Crisis Group in Osch geht von »mehreren tausend Mitgliedern« in Zentralasien aus. Ein Blick auf die Website (www.hizb-ut-tahrir.org) offenbart die anti-westliche, antisemitische und anti-schiitische Ausrichtung der Partei. Wie die meisten islamistischen Bewegungen vertritt sie das utopische Ideal eines islamischen Staates, in dem Ungerechtigkeit und Armut mit Hilfe der Scharia beseitigt würden. Die Partei fordert die Errichtung eines Kalifats, zunächst im Fergana-Tal, später in der gesamten islamischen Welt. Im Gegensatz zu anderen extremistischen Bewegungen wie Al-Qa'ida lehnt sie Gewalt und Terror zur Durchsetzung ihrer Ziele ab. Sie glaubt, die Unterstützung der Bevölkerung durch Propaganda- und Überzeugungsarbeit zu gewinnen. Eines Tages würden sich ihre Anhänger dann in friedlichen Demonstrationen erheben und die Regierungen Zentralasiens stürzen.

In dem repressiven Klima aller zentralasiatischen Staaten reichen solche fast esoterisch anmutenden Visionen aus, um mit äußerster Härte und Brutalität verfolgt zu werden, besonders in Usbekistan. Nach Angaben der Unabhängigen Menschenrechtsorganisation Usbekistans gibt es dort etwa 7000 politische Gefangene, von denen 5000 der HT angehören. In Tadschikistan werden HT-Aktivisten in der Regel zu acht bis zwölf Jahren Gefängnis verurteilt, wegen »regierungsfeindlicher Aktivitäten«. Lediglich in Kirgistan ist der Umgang »liberaler«, hier liegen die Urteile bei zwei bis vier Jahren Gefängnis oder Geldstrafen. Der Grund für die vergleichsweise Zurückhaltung ist die Sorge der Behörden, zuviel Druck könne die ethnischen Spannungen zwischen Usbeken und Kirgisen verschärfen.

Es ist folglich nicht einfach, mit Aktivisten der HT ins Gespräch zu kommen. Schließlich gelingt es in Dschalalabad. Wir treffen uns in einem schlichten Lehmhaus unweit der stillgelegten Bahn-

linie, mitten im Basar. Ein Haus in der für Zentralasien typischen Bauweise: hinter einer unscheinbaren Fassade öffnet sich die Tür zu einem weiträumigen Innenhof, in dem teilweise Obst oder Gemüse angebaut wird oder Werkstätten untergebracht sind. Das private Leben wird sorgsam von der Öffentlichkeit abgeschirmt, lediglich in aufgeschlossenen Familien bekommt der Gast Frauen zu Gesicht. Wir sitzen auf dem Boden, in einem kleinen Wohnzimmer, ausgestattet mit einem Teppich und Sitzkissen, einer nackten Glühbirne und einem Deckenventilator. Die beiden Männer sind freundlich, nicht unsympathisch und sehr redselig. Khairallah ist vor Beruf Fahrer, sein Freund Sultan hat in Russland studiert und ist Bauingenieur von Beruf. Beide sind Mitte dreißig und arbeitslos. Über ihre genaue Funktion innerhalb der HT geben sie keine Auskunft, obwohl Sultan erkennen lässt, dass er ein leitender Kader sei. Beide waren schon im Gefängnis, weil sie Flugblätter der HT verteilt haben. »Wenn ein Mitglied der Hizb ut-tahrir verhaftet wird, leugnet er niemals seine Parteizugehörigkeit«, sagt Sultan. »Wir machen nichts Illegales, wir sagen nur, was wir denken. Wenn sie uns zu Märtyrern machen wollen – wir fürchten uns nicht vor dem Tod. Wenn sie uns einsperren wollen – warum nicht. Es gibt keinen besseren Ort, neue Anhänger zu gewinnen als das Gefängnis.«

Sultan erzählt, dass er als Kind und Jugendlicher mit Religion nichts zu tun gehabt habe. Er sei ein aufrechter Kommunist gewesen und habe aus Idealismus und Überzeugung in der Roten Armee gedient. Nach dem Ende der UdSSR wurde er arbeits- und orientierungslos. »Ich will eine gerechte Gesellschaft«, sagt er. »Ich glaube an die Gleichheit der Menschen, deswegen war ich Kommunist. Heute bist du nur noch Dreck, wenn du kein Geld hast.« Sultan ging in die Türkei und arbeitete drei Jahre als Händler in Trabzon. »Als ich mit den Türken in der Moschee gebetet habe, da merkte ich, daß ich gar nicht weiß, wie man betet. Ich kannte den islamischen Ritus nicht, obwohl ich Muslim bin. Ich habe mich zu tiefst geschämt.«

Zurück in Kirgistan begann Sultan, den Koran zu lesen. »Ich verstand, dass dieses Buch die Lösung aller Probleme enthält. Nur

auf dem Weg des Propheten kann man sein Ziel erreichen.« Sultan begegnete radikalen Islamisten aus Saudi-Arabien, die den Dschihad in Zentralasien zu verbreiten suchten. »Aber ihr Programm, Gewalt und Heiliger Krieg, hat mich nicht überzeugt. Ich will die Herzen der Menschen erreichen. Gegen diese Waffe sind die Herrschenden machtlos.«

Konkrete Fragen beantworten Sultan und Khairallah nur ungerne. Wer soll das Kalifat der Hizb ut-tahrir regieren? Wird es eine Verfassung geben, ein Parlament, Meinungsvielfalt? Wenn das Kalifat erst einmal errichtet sei, würden sich diese Fragen von selber lösen, behauptet Khairallah. Auf der Grundlage des Korans, der Scharia und der Prophetenworte. Wie will das Kalifat die Armut bekämpfen, wie steht die Partei zur Marktwirtschaft? Sultans Botschaft lautet: Allahs Güte wird es richten.

Diesen Mangel an konkreten Aussagen zeigen auch die im Internet nachzulesenden Schriften der HT. Es geht um die Vision, weniger um Programmatik. Eindeutig ist lediglich die Absage an jedwede amerikanische und westliche Militärpräsenz in Zentralasien und Afghanistan. Der 11. September 2001 gilt als ein »von Amerika, Russland oder Israel inszenierter Vorwand, um Zentralasien, Afghanistan, Irak und Iran ausländischen Interessen zu unterwerfen und die Bodenschätze der Region auszubeuten.«

Organisiert ist die Hizb ut-tahrir in der Form einer hierarchischen Pyramide mit mehreren Kommandoebenen. Wer in welcher Position welche Funktion ausübt, wissen nur die Spitzenfunktionäre und möglicherweise die Geheimdienste. Den Sockel der Pyramide bilden lokale Zellen, Da'ira oder Halka genannt, mit jeweils fünf bis sechs Mitgliedern. Jede Zelle hat einen Decknamen, und nur ihre Anführer kennen die Verantwortlichen der nächsthöheren Kommandoebene. Neue Mitglieder müssen die Veröffentlichungen der Partei studieren und sich mit Politik, Religion, Geschichte und Geographie der Region befassen. Nach etwa zwei Monaten Ausbildung gründen die Adepten jeweils eine neue Zelle. Frauen und Männer sind in getrennten Zellen organisiert. Die Rekrutierung neuer Mitglieder erfolgt in erster Linie über Freunde, die eigene Familie und Verwandte. Die überwiegende Mehrzahl

der Aktivisten ist 17 bis 25 Jahre alt, stammt aus ärmlichen Verhältnissen und hat nur eine geringe Schulbildung. Das gewaltige Potenzial der HT ist allein daran zu ermesen, dass 80 Prozent der Bevölkerung in Tadschikistan und 65 Prozent in Kirgistan sowie Usbekistan unterhalb der Armutsgrenze leben. Die »Partei der Befreiung« ist ein Sprengsatz, der seine Wirkung in den nächsten Jahren erst noch entfalten dürfte. Ob die Bewegung aus innerer Überzeugung oder eher aus taktischen Erwägungen ihre Friedfertigkeit betont, ist gegenwärtig nicht zu beurteilen. Wie in allen anderen islamistischen Gruppen auch sind die Führungskader im Gegensatz zum Fußvolk häufig Studenten oder Hochschulabsolventen mit einer technischen oder naturwissenschaftlichen Ausbildung.

»Die Zukunft des radikalen Islams in Zentralasien entscheidet sich nicht allein in der Innenpolitik«, meint Valentin Bogartyrev, Direktor des Instituts für Strategische Studien in Bischkek und Berater des kirgisischen Präsidenten Askar Akajev. »Vieles hängt ab von äußeren Faktoren, der neuen Rolle der USA in der Region und der weiteren Entwicklung in Afghanistan. Wenn das Land zurückfällt in Anarchie und Chaos, werden auch wir die Auswirkungen zu spüren bekommen.«

So wie im Sommer 1999 und 2000, als Kämpfer der »Islamischen Bewegung Usbekistans« (IMU) von Afghanistan über Tadschikistan in den Süden Kirgistans einfielen, in die entlegene Region Batken. Dort nahmen sie Geiseln, darunter japanische Bergsteiger, erpressten von der Regierung in Bischkek Lösegeld in Höhe von einer Million Dollar und erklärten in einem Interview mit der BBC, sie würden den Guerillakrieg in das Fergana-Tal und nach Usbekistan tragen, um Präsident Islam Karimov zu stürzen.

Gründer und Kopf der IMU war der 1969 geborene Dschuma Namangani aus der im usbekischen Teil des Fergana-Tales gelegenen Stadt Namangan. Ende der achtziger Jahre diente er als Fallschirmjäger der sowjetischen Armee in Afghanistan. Dort wuchs seine große Achtung vor den Mudschahidin, gegen die er zunächst kämpfte. Später beteiligte sich Namangani, der als charismatische Führungsfigur galt, auf Seiten der islamischen Opposition am Bür-

gerkrieg in Tadschikistan (1992–1997). Zur selben Zeit erwarb er das Vertrauen religiöser Extremisten in Saudi-Arabien und Pakistan und verbündete sich mit den Taliban. Auf Anregung von Osama bin Laden gründete Namangani 1998 in Kabul die »Islamische Bewegung Usbekistans«, die zu ihrer Hochzeit über 3000 Kämpfer verfügte, überwiegend Usbeken aus dem Fergana-Tal, die vor der Repression Karimovs nach Afghanistan geflüchtet waren. Die engen Kontakte zwischen der IMU und Al-Qa'ida veranlassten Präsident Bush, die Bewegung nach dem 11. September 2001 als eine »besorgniserregende Terrororganisation« zu bezeichnen. Im Verlauf der amerikanischen Luftangriffe auf Afghanistan erlitten die Verbände der IMU, die auf Seiten der Taliban kämpften, schwere Verluste. Im November 2001 soll Namangani in der Region Mazar-i-Scharif getötet worden sein. Dem zweiten Mann und Chefideologen der Bewegung, Tohir Yuldasch, ist dagegen angeblich die Flucht nach Pakistan gelungen.

Nach Angaben von *Newsweek* hat die pakistanische Luftwaffe im November 2001 hunderte Kämpfer aus den Reihen der Taliban, von Al-Qa'ida, der IMU und tschetschenischer Rebellen von Konduz, im Norden Afghanistans, nach Pakistan evakuiert. Glaubwürdigen Quellen in Peschawar zufolge wurden sie anschließend von der pakistanischen Armee entlang der umstrittenen Grenze im Kaschmir eingesetzt, wo sie Anschläge auf indische Militärs und Zivilisten verüben: Ein Beispiel dafür, wie die Konfliktlinien im »Großen Spiel« um Macht und Einfluss in der Region ineinander greifen.

Die Reste der »Islamischen Bewegung Usbekistans« sollen sich in das schwer zugängliche und von der Regierung kaum zu kontrollierende Karategin-Tal in Tadschikistan zurückgezogen haben. Viele Kämpfer haben dort während des Bürgerkrieges einheimische Frauen geheiratet und warten die weitere Entwicklung erst einmal ab. Ihre Zahl wird von ausländischen Hilfsorganisationen in Tadschikistan auf 1500 geschätzt.

»Der Niedergang der IMU löst allerdings keine grundlegenden Probleme«, betont Valentin Bogartyrjev vom Institut für Strategische Studien in Bischkek. »Neue Gruppen werden entstehen, so-

fern wir den wirtschaftlichen Niedergang nicht aufhalten und vor allem die Regierung in Usbekistan jedwede politische Opposition unterdrückt.«

Generell sind islamistische Bewegungen eine radikale Antwort auf Modernisierungsdefizite der islamischen Welt, namentlich den staatlich blockierten Wandel von einer ländlich geprägten Feudalgesellschaft in eine pluralistische, demokratisch verfasste Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Häufig verlagern islamistische Bewegungen ihren Machtkampf gegen die jeweiligen Regime auf die Ebene der Alltagskultur, stilisieren etwa Bekleidungs Vorschriften (Vollbart für Männer, Verschleierung für Frauen) zu religiösen Grundsatzfragen. Je mehr Islam im Erscheinungsbild der Städte, umso größer der Druck auf die Machthaber: Diesem Kalkül folgen Islamisten von Marokko bis Indonesien. Doch nirgendwo erscheint der radikale Islam kulturell so fehl am Platz wie in Zentralasien. 70 Jahre Sowjetunion und staatlich verordneter Atheismus haben die Mentalitäten geprägt, die Säkularisierung der Gesellschaft weiter vorangetrieben wie in keiner anderen Region der islamischen Welt, mit Ausnahme vielleicht der Türkei.

Auch der slawische – vor allem russische und tatarische – Siedlungskolonialismus seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat Zentralasien geprägt und »europäisiert«. Bischkek etwa, die Hauptstadt Kirgistans, 1878 von russischen Einwanderern gegründet, zeigt den typischen Grundriß zentralasiatischer Siedlerstädte: schachbrettartig angelegte Wohnviertel mit parallel verlaufenden, breit angelegten, von Bäumen und Parkanlagen gesäumten Straßen, ein Schutz gegen die große Hitze im Sommer, und schließlich ein zentraler Platz, um den sich die meisten Regierungsgebäude gruppieren. Bischkek, aber auch Almaty in Kasachstan oder das usbekische Taschkent, vermitteln ein russisches, osteuropäisches Ambiente. Nichts haben diese Städte gemein mit der Basar-Architektur und dem islamisch geprägten Lebensgefühl in Teheran, Kabul oder Peschawar, obwohl sie nur wenige hundert Kilometer auseinanderliegen.

Zentralasien hat eine sehr eigene Atmosphäre, ist kulturelles Grenzland – hervorgegangen aus einer zweitausendjährigen, kon-

fliktreichen Geschichte, in der die großen Reiche der Vergangenheit, angeführt von Alexander dem Großen, Dschingis Khan oder Timur dem Eroberer, unablässig um die Herrschaft über die Seidenstraße rangen, jene wirtschaftliche Lebensader, die China mit Europa verband. Islamisiert wurde Zentralasien zunächst durch arabische Eroberer, später von Turkvölkern und persischen Dynastien. Abgeschlossen war die Islamisierung erst im 19. Jahrhundert, als die letzten Nomadenstämme, überwiegend Kasachen und Kirgisen, die neue Religion annahmen. Das kulturelle, politische und geistesgeschichtliche Zentrum war jedoch stets das Fergana-Tal, die Wiege islamischer Zivilisation in Zentralasien. Von hier stammten Heilige, Gelehrte, Mystiker und Krieger, deren Lehren in der gesamten islamischen Welt Verbreitung fanden, inspiriert von den alten theologischen Zentren Buchara und Samarkand. Das mittelalterliche Buchara etwa zählte 360 Moscheen und 113 Koranschulen, und noch 1868, als Buchara russisches Protektorat wurde, gab es in der Stadt über 100 Koranschulen mit mehr als 10.000 Schülern.

Der alteingesessene, traditionelle Islam, dem die große Mehrzahl der Muslime Zentralasiens anhängt, ist überwiegend eine volkstümliche Religion. Die Verehrung lokaler Heiliger spielt darin eine wichtige Rolle, ebenso die Bewahrung überlieferter Sitten und Gebräuche, die Meditation und das Gebet. Allenthalben finden sich Heiligengräber, zu denen gläubige Menschen pilgern, um Gesundheit, Nachwuchs oder ein besseres Leben zu erbitten. Solche regionalen Pilgerfahrten finden häufig am Wochenende statt und sind Familienausflüge mit Picknicks und Festen, sehr farbig und lebensfroh. Nur dort, wo bis zur Zwangsansiedlung unter Stalin eine nomadische oder halbnomadische Lebensweise vorherrschend war, im Norden Kirgistans und in Kasachstan, ist der Einfluss des Islams auf die Alltagskultur stets gering geblieben.

Neben dem radikalen und dem traditionellen Islam gibt es noch eine dritte Variante, den Regierungs-Islam. Er dient der Eigenlegitimation der Regime und ist gewissermaßen aus der Not geboren: mit dem Ende des Kommunismus war ein ideologisches Vakuum entstanden. Die gleichzeitige Verunsicherung und Identitätssuche

der Bevölkerung bewirkte eine gewaltige Renaissance des Islams. Gab es in Kirgistan 1989 erst 15 Moscheen, so sind es heute etwa 2500. Einen ähnlichen Boom erlebten auch die Nachbarstaaten. Entsprechend versuchten die politischen Führer Zentralasiens, sich der neuen Situation anzupassen. Waren sie gerade noch KPdSU-Parteichefs gewesen, so präsentierten sie sich nun als die geborenen Muslime, trugen etwa vor öffentlichen Ansprachen oder Kabinettsitzungen Gebete oder Koranverse vor. Um den islamischen Aufschwung zu kontrollieren, bedienten sie sich der religiösen Orthodoxie. Zu Zeiten der Sowjetunion war Taschkent der Sitz des Muftiyats, der höchsten islamischen Autorität, zuständig für ganz Zentralasien. Nach der Unabhängigkeit richtete jedes Land ein eigenes Muftiyat ein, wobei der Mufti entweder vom Präsidenten direkt eingesetzt oder von religiösen Würdenträgern nach einer entsprechenden »Empfehlung« gewählt wurde. In allen zentralasiatischen Republiken sind Staat und Religion laut Verfassung strikt getrennt, theoretisch jedenfalls. Mit Ausnahme Tadschikistans darf sich keine Partei auf religiöse Inhalte berufen oder sie propagieren – um das Entstehen einer islamischen Opposition zu verhindern, und sei sie noch so gemäßigt, die den Regierenden gefährlich werden könnte.

In Kirgistan, in Bischkek, gibt es, wie auch in den Nachbarländern, eine »Staatskommission für religiöse Angelegenheiten«, vom Namen her eigentlich ein Verfassungsbruch. Sie überwacht vor allem die gesetzlich vorgeschriebene Registrierung der Moscheen. Rund 1000 Moscheen sind offiziell registriert, die übrigen 1500 nicht. »Sie müssten von Amts wegen geschlossen werden. Aber die meisten Moscheen sind im Süden, und wir wollen da kein Öl ins Feuer gießen«, sagt Omursak Mamajussopov, der Vorsitzende der Kommission. Ohnehin verfüge man über alle relevanten Informationen, auch bei den nicht registrierten Moscheen. »Wir wissen genau, wer dort predigt, welcher Imam welche Auffassungen vertritt, wer an welchen islamischen Hochschulen in Pakistan oder Saudi-Arabien ausgebildet wurde.« Die Kommission nehme allerdings keinen Einfluss auf die Inhalte der Predigten. Das sei Aufgabe des Muftiyats. »Unser größtes Problem ist die Hizb ut-

tahrir. Ihre Anhänger sind in fast jeder Moschee im Süden präsent, verteilen Flugblätter und machen Propaganda.«

Mamajussopov bekennt, der kirgisische Staat habe die Dinge nicht im Griff, vor allem aus Mangel an Geld. »Es gibt ein wachsendes religiöses Bedürfnis in Zentralasien. Das hat zunächst einmal nichts mit Politik zu tun. Vielmehr geht es um Identität und Emotionen, um ein Ventil für den schweren Alltag. Wegen unserer sowjetischen Vergangenheit aber, der Tabuisierung von Religion, wissen die Leute zum Teil nicht einmal, wie man richtig betet. Das Muftiyat kommt mit der Ausbildung von vertrauenswürdigen Imamen nicht hinterher, überall fehlen qualifizierte Religionslehrer. Die Lücke füllen dann die radikalen Kräfte.«

Das Büro von Mamajussopov ist bemerkenswert. Ein Deckenventilator, ein überdimensionaler Schreibtisch, der für Notoperationen reichen würde, kein Computer, keine Büroschränke. Stattdessen eine Batterie von Telefonen zu seiner Rechten, jedes mit einer anderen Nummer. Diese Anordnung findet sich häufig in zentralasiatischen Amtsstuben, und sie zeigt, dass die Ausübung von Macht stark personalisiert ist. Wer etwas erreichen will, braucht den direkten Draht zum Höhergestellten – deswegen die Vielzahl an Telefonen. Umgekehrt kann Mamajussopov seine Kontrollfunktionen nur ausüben mit Hilfe eines informellen Netzwerkes und von ad hoc-Entscheidungen. Computer sind dafür zweitrangig. Ab und zu allerdings zieht er ein Dossier aus der einzigen Schublade seines Schreibtisches, das alle wesentlichen Informationen zu bündeln scheint. Darunter eine Übersicht der »mehr als ein Dutzend« ausländischen Hilfsorganisationen, die in Kirgistan Moscheen bauen, vor allem aus den Golfstaaten und aus Pakistan. »Sie finanzieren überwiegend Moscheen im Norden, obwohl der Süden viel religiöser ist. Wir sind sicher, dass sie eine Strategie verfolgen. Aber wir wissen nicht, welche.«

Vermutlich betreiben sie Da'awa, Missionstätigkeit. Ungläubige zu bekehren gilt in konservativen islamischen Kreisen als Ehrenpflicht. Die Aussicht, Menschen zu gewinnen, die bereits Muslime sind, ihre Religion jedoch außerhalb von Brauchtum kaum praktizieren, dürfte diesen Kreisen besonders attraktiv erscheinen.

Entsprechend sind sie nicht nur im Norden Kirgistans aktiv, sondern auch im Süden Kasachstans, ebenfalls theologisches Brachland. Der Schwerpunkt der »Petro-Missionare« liegt ebenso wie der des radikalen Islams in Zentralasien vor allem im Bereich der Propagandatätigkeit, nicht etwa in Programmen zur Armutsbekämpfung. Das ist insofern bemerkenswert, als islamistische Bewegungen in der übrigen islamischen Welt großen Wert auf soziales Engagement und Wohlfahrtsprojekte legen, um ihre Klientel dauerhaft an sich zu binden.

Andererseits gibt es in Kirgistan und Tadschikistan religiöse Führer, die eigene Koranschulen gründen, Madrasas genannt, wo sie sich eine getreue Gefolgschaft heranziehen, mithin die Basis schaffen für künftige lokale oder regionale Macht. So zum Beispiel im Dorf Wostok, unweit von Bischkek. Dort hat der ehemalige stellvertretende Mufti von Kirgistan, Habibullah Salichajev, eine kleine Madrasa eingerichtet. Die pastellfarbene Idylle Wostoks nimmt den ausländischen Besucher schnell gefangen – so könnte es auch im ländlichen Deutschland in den dreißiger Jahren ausgesehen haben. Bodenständige, sehr gastfreundliche Menschen, wenig Autos und Verkehr, Pferde, vor den Pflug gespannt, schlechte Straßen aus aneinandergereihten Betonplatten, Weizen-, Mais- und Baumwollfelder, schattige Baumreihen. In Wostok und den Nachbardörfern leben fast ausschließlich Auswanderer aus Dagestan, der Nachbarregion von Tschetschenien, die 1936 unter Stalin in Kirgistan angesiedelt wurden. Sie sind sehr konservativ, die Frauen tragen Kopftuch und bodenlange Kleider. Die Nachbarn der Dagestaner waren bis vor kurzem Wolgadeutsche, von denen 1941/42 mehr als 100.000 nach Kirgistan zwangsumgesiedelt wurden. Die meisten sind in den neunziger Jahren nach Deutschland ausgewandert. Darunter auch Laurenz Viktor, der »hochanständige« und jahrzehntelange Direktor der hiesigen Kolchose. Sogar eine kleine Straße in Wostok ist nach ihm benannt. Sein Anwesen, ein schlichtes Wohnhaus mit einer weitläufigen Gartenanlage, hat Laurenz Viktor an Habibullah Salichajev verkauft, als er vor zehn Jahren nach Deutschland ging – wo er kurz nach seiner Ankunft starb.

Und so findet sich heute, im Schatten der Apfel- und Birnbäume, die einst ein Wolgadeutscher pflanzte, eine kleine, aber florierende Madrasa. Zehn Schüler sind dort untergebracht, im Alter von acht bis achtzehn Jahren, Jungen aus verschiedenen Landesteilen Nordkirgistans. Während die Jüngeren den Koran auswendig lernen, befassen sich die Älteren mit Recht, Philosophie und Logik, die klassischen Fächer islamischer Theologie. Salichajev sagt, fast täglich erhalte er Anfragen, ob er nicht weitere Schüler aufnehmen könne. Bislang müsse er absagen, da die finanziellen Mittel nicht reichen. Die Kinder, die hier wie in einem Internat leben, wollen ja versorgt werden. Zunehmend biete seine Madrasa Tages- und Wochenendkurse in Sachen Islam an, zu denen Interessierte aus ganz Kirgistan und sogar Kasachstan anreisen.

Wir sitzen auf einer hölzernen Empore im Garten, wo der ehemalige stellvertretende Mufti Hof hält, Gäste und Besucher empfängt. Plov wird gereicht, das zentralasiatische Nationalgericht aus Reis, gelben Karotten und Fleisch, derweil die Schüler singend Koransuren rezitieren. Wäre es nicht sinnvoller, sie würden eine normale Schulbildung erhalten und einen Brotberuf erlernen?

»Nicht jedem liegen materielle Dinge am Herzen«, entgegnet Habibullah Salichajev. »Es gibt auch Menschen, die ihre Religion leben wollen.« Wobei er ausdrücklich betont, dass Religion nicht Politik bedeute. Andererseits müsse die Gesellschaft den rechten Weg einschlagen. Präsident Akajev sei zwar Muslim, befolge aber nicht die religiösen Gebote: »Ein Dieb an der Spitze macht den Diebstahl erst salonfähig.« Deswegen stünde Kirgistan am Abgrund. Notwendig seien politische und gesellschaftliche Reformen »und die Erneuerung des Menschen von innen heraus«. Die Hizb ut-tahrir lehnt er ab und weiß sich daran mit orthodoxen Theologen einig – die »Partei der Befreiung« ist ein Konkurrenzunternehmen.

Das System der Madrasas, in Kirgistan erst in den Anfängen, ist in Tadschikistan sehr viel weiter entwickelt. Genaue Zahlen gibt es nicht, doch an den Madrasas in Pakistan, den ideologischen Hochburgen der Taliban und anderer extremistischer Gruppierungen, studieren hunderte Schüler und Studenten aus Tadschikistan.

Nach ihrer Rückkehr gründen sie eigene Madrasas, die entsprechende Inhalte propagieren. Die Grenzen zwischen der gemäßigten Linie, wie sie etwa Habibullah Salichajev vertritt, und radikalen Strömungen verlaufen dabei durchaus fließend, wie sein Werdegang zeigt.

In der sowjetischen Zeit gab es einen im Untergrund wirkenden politischen Islam in Zentralasien, dessen Hochburg in Tadschikistan lag. Ihr geistiger Führer war Mohammed Rustamov Hindustani (1892–1989), der vor dem Zweiten Weltkrieg die ultra-fundamentalistische und sehr einflußreiche Madrasa im nordindischen Deoband besuchte. Dort lernte er jenes radikal-islamische Gedankengut kennen, das die Ideologie fundamentalistischer Bewegungen in Indien, Pakistan, Afghanistan und den arabischen Staaten nachhaltig prägen sollte – bis die Deoband-Linie schließlich durch die Niederlage der Taliban an Einfluss verlor. Hindustani verbrachte 15 Jahre in sibirischen Arbeitslagern und gründete nach seiner Freilassung eine geheime Madrasa in Duschanbe, der Hauptstadt Tadschikistans. 1973 wurde sie vom KGB geschlossen, aber ihre Lehrer und Schüler, darunter Habibullah Salichajev, konnten sich mit Hilfe von Beziehungen und Bestechung retten. Aus diesem Umfeld entstand 1990 die »Partei der Islamischen Wiedergeburt«, lange Zeit die wichtigste Oppositionsbewegung in Tadschikistan und Gegner der Regierung im dortigen Bürgerkrieg.

Auch der traditionelle Islam mit seiner Vorliebe für Heiligenverehrung überlebte im Untergrund, vornehmlich mit Hilfe von Wanderpredigern und Fakiren. Der sowjetische Atheismus wirkte vor allem in den Städten und beförderte ein aufgeklärtes, säkulares Denken, das selbst im Milieu der Muftis nachwirkt. Die Verhältnisse in Afghanistan, Iran oder Pakistan gelten durchweg als abschreckendes Beispiel, nicht etwa als Vorbild. »Diese Länder haben nichts zu bieten außer Armut«, meint Salijachev. »Und davon haben wir selber mehr als genug.«

Der islamische Aufschwung, der Zentralasien nach der Unabhängigkeit erfasste, ist gleichermaßen Protestbewegung und Identitätssuche. Die Gefahr einer »islamischen Revolution« ist gleichwohl gering. Denn der traditionelle Islam, dem die große Mehrheit

der Bevölkerung anhängt, ist ein mythisch-mystischer Volksglaube, tolerant, meditativ und friedlich. Außerhalb des Fergana-Tales und Teilen Tadschikistans ist der radikale Islam bislang wenig erfolgreich. Ihm fehlt die soziale Basis jenseits von Armut, wie sie etwa im Iran die Schicht der Basarhändler darstellt. Ethnische Spannungen und nationale Gegensätze erschweren überdies den Aufbau einer überregionalen islamischen Bewegung. Und schließlich gibt es in den konservativen zentralasiatischen Gesellschaften ein hohes Maß an fatalistischer Autoritätsgläubigkeit, die regierungsfeindlichen Gruppierungen nicht eben in die Hände spielt.

Die politische Instabilität Zentralasiens ist daher nicht in erster Linie auf einen »islamischen Faktor« zurückzuführen. Entscheidend ist vielmehr die mangelnde Legitimation der Regime, die sie mit polizeistaatlichen Maßnahmen auszugleichen suchen, sowie ihr Unvermögen, den Niedergang der Ökonomie aufzuhalten und ein Minimum an Verteilungsgerechtigkeit zu gewährleisten. Auch die Einbindung Zentralasiens in den Anti-Terror-Kampf dürfte mittel- und langfristig die Instabilität der Region befördern. Das wachsende militärische und wirtschaftliche Engagement Washingtons, vor allem im Erdöl- und Erdgassektor, wird in China, aber auch in Rußland und Iran als Bedrohung gesehen und das »Große Spiel« um Macht und Einfluss in Afghanistan verstärkt auch in Richtung Zentralasien verlagern. Ein Begriff, den übrigens der Schriftsteller Rudyard Kipling (»Das Dschungelbuch«) prägte – er meinte damit die anglo-russische Konkurrenz um die Vorherrschaft in Afghanistan und Zentralasien, die das ganze 19. Jahrhundert über andauerte. Die Konfliktlinien in diesem Spiel ändern sich ständig und sind selten sichtbar. Ihre Folgen aber gestalten Weltpolitik.

Kirgistan: Hungermärsche in der »Insel der Demokratie«

MIT DER UNABHÄNGIGKEIT VERLOR Kirgistan nicht nur alle Zuwendungen aus Moskau, die vor 1991 20 bis 30 Prozent des Staatshaushaltes ausmachten. Die weitgehend auf militärische Bedürfnisse ausgerichtete Industrie brach fast vollständig zusammen, gleichzeitig war die hochmechanisierte Landwirtschaft von Ersatzteilen, Krediten und ihren ursprünglichen Absatzmärkten in Russland und Kasachstan weitgehend abgeschnitten. Auch der sowjetischen Bedürfnissen folgende Dienstleistungssektor, insbesondere der Tourismus, war am Ende. Selbst unter optimalen Bedingungen hätte Kirgistan, neben Tadschikistan das Armenhaus Zentralasiens, größte Schwierigkeiten, seine Wirtschaft neu zu strukturieren. Abgesehen von seinen Wasserreserven und seinem touristischen Potenzial verfügt das kleine Gebirgsland über keine nennenswerten Ressourcen. Die Landwirtschaft dient überwiegend dem Eigenbedarf und hat, abgesehen von der Baumwollproduktion, kaum Zugang zu internationalen Märkten.

Die Tien Shan – Gebirgskette teilt das Land in zwei Hälften, und die einzige Nord-Süd-Verbindung ist im Winter wegen Schneefalls häufig unterbrochen. Während die Bewohner im Süden, im Fergana-Tal, seit alters her sesshaft sind und um Land und Boden konkurrieren, ist der Norden die Heimat der kirgisischen Nomaden, die einst zur Goldenen Horde Dschingis Khans gehörten – wie auch die Kasachen. Beide Völker stammen ursprünglich aus Sibirien und wanderten im 13. Jahrhundert Richtung Süden. Die Kasachen, ebenfalls Nomaden, durchstreiften die Steppenlandschaft

Kasachstans, die Kirgisen dagegen wurden zu Bergbewohnern. Noch heute sind Viehherden ihr einziger Reichtum: Kirgistan hat rund fünf Millionen Einwohner, aber fünfmal so viel Ziegen, Schafe, Rinder und Pferde.

Gegen Ende der Sowjetzeit kam es innerhalb der Kommunistischen Partei in Kirgistan zu heftigen Machtkämpfen. Als Parteiführer wurde ein Kompromisskandidat bestimmt, der Naturwissenschaftler und Nichtkommunist Askar Akajev. Nach der Unabhängigkeit wurde er im Herbst zum Präsidenten Kirgistans gewählt – der erste und bis heute einzige Nichtkommunist an der Spitze eines zentralasiatischen Staates.

Um westliche Finanzhilfen zu erhalten, setzte Akajev auf umfassende Wirtschaftsreformen und Privatisierungen. Kirgistan wurde ein Liebling des Internationalen Währungsfonds und galt als »Insel der Demokratie« in Zentralasien. In der Tat wurden bis 1995 freie Wahlen mit konkurrierenden Parteien abgehalten, gab es eine lebhaftere Opposition und eine vergleichsweise unabhängige Presse. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen kämpften für Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Doch der Niedergang der Wirtschaft setzte sich unaufhörlich fort. Gewiss mussten die politischen Konflikte – Grenzprobleme mit China, Spannungen mit Usbekistan, die Überfälle der »Islamischen Bewegung Usbekistans« auf kirgisches Territorium im Sommer 1999 und 2000 – auf ausländische Investoren abschreckend wirken. Aber auch die desolate Infrastruktur, fehlende Rechtssicherheit, Korruption und Nepotismus haben die Wirtschaft stranguliert. Heute weist Kirgistan durchgängig negative Wachstumszahlen auf und ist, noch hinter Tadschikistan, das wirtschaftliche Schlusslicht der GUS-Staaten.

Parallel dazu nahmen Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut zu, der Lebensstandard sank, und die politische Opposition wurde lauter. Präsident Akajev reagierte auf die Krise mit einem zunehmend autoritären Regierungsstil. Mit Hilfe mehrerer offenkundig manipulierter Volksabstimmungen sicherte sich Akajev, beginnend im Oktober 1994, umfassende Vollmachten. Seither hat er das Recht, die Gouverneure der Provinzen und die Staatsminister nach eigenem Ermessen ein- und abzusetzen. Akajev ernennt die Staatssek-

retäre, Staatsanwälte und Richter, ebenso ein Drittel der Mitglieder der Wahlkommission. Er kann den Premierminister entlassen und das Parlament per Dekret auflösen. Außerdem ist Akajev Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Innenminister, er kann den Notstand erklären und die Verfassung außer Kraft setzen. Kirgistan entwickelte sich zu einer präsidentialen Diktatur, wie zuvor schon die übrigen zentralasiatischen Staaten.

Vor den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2000 wurden Akajevs politische Rivalen systematisch ausgeschaltet. So wurde der ehemalige Vizepräsident Felix Kulov verhaftet und wegen »Machtmissbrauchs« von einem Militärgericht zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, im Mai 2002 zu weiteren zehn Jahren. Andere Konkurrenten wurden zu Botschaftern ernannt und ins Ausland abgeschoben. Akajev gewann die Wahlen mit 74 Prozent der Stimmen, nach OSZE-Angaben das Ergebnis massiver Wahlfälschung.

Im Parlament überwiegen Einzelkandidaten, nicht Parteien. Demzufolge ist die organisierte Opposition nur schwach vertreten. Da die Versammlungsfreiheit ebenso eingeschränkt ist wie der Zugang zu den Medien, erscheint die Allmacht des Präsidenten kaum angreifbar. In allen zentralasiatischen Staaten sind die jeweiligen Parteien im Wesentlichen Klientelbündnisse, ohne großen Rückhalt in der Bevölkerung. Es fehlt die bürgerliche Mittelschicht, aus der heraus ein Pluralismus der Parteien und der Weltanschauungen entstehen könnte. Allein die Kommunisten verfügen, vor allem aus Nostalgiegründen, über eine Massenbasis und wären ohne Wahlmanipulation in Kirgistan, Kasachstan und Tadschikistan die stärkste politische Kraft.

Innerhalb der Exekutive spielt Geld eine entscheidende Rolle. Aus Oppositionskreisen ist zu hören, 70 bis 80 Prozent der von Akajev vergebenen Posten seien käuflich. Diese Angaben sind nur schwer zu überprüfen, aber ein Parlamentarier räumte im Gespräch freimütig ein, sein Abgeordnetenmandat habe ihn 200.000 Dollar gekostet. Ein Bürgermeisteramt ist demnach für 50.000 Dollar zu haben, ein Gouverneursposten für 250.000 Dollar. Die Korruption durchzieht den Staatsapparat durch alle Stufen der

Hierarchie, von oben nach unten – auch Ärzte, Lehrer oder Polizisten müssen bezahlen, um angestellt zu werden. Da die Unkosten wieder eingespielt werden müssen und politische Ämter selten länger als 18 Monate ausgeübt werden, ist jeder versucht, in kürzester Zeit so viel Geld wie nur möglich zu machen. Sei es durch Bestechlichkeit oder den direkten Zugriff auf staatliche Ressourcen. Diese Strukturen sind überall in Zentralasien verbreitet, allerdings sind die Folgen in den Armutsländern Kirgistan und Tadschikistan ungleich verheerender.

An der Spitze der Pyramide aus Selbstbereicherung, Korruption und Vetternwirtschaft stehen die Clans des Präsidenten und seiner Frau. Angehörige der Sari-Bagisch aus Kemin und der Saruu und Kutschu aus Talas, beide Orte liegen im Nordosten, sind überproportional in Regierungsämtern vertreten. Ein Viertel aller staatlichen Angestellten in Bischkek stammen aus Talas, ebenso die führenden Manager im Energiesektor und in der Telekommunikation. Maryam Akajeva, die Frau des Präsidenten, soll eine Schlüsselrolle bei der Vergabe von Führungsposten spielen.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum der von der Teilhabe an Macht und Ressourcenverteilung weitgehend ausgeschlossene Süden die Hochburg der Opposition ist. Im Januar 2002 ließ die Regierung den populären Oppositionsführer Azimbek Beknazarov in Dschalalabad wegen »Machtmissbrauchs« verhaften und unter Anklage stellen. Er war nicht zuletzt deswegen in Ungnade gefallen, weil er Akajevs Zugeständnis, 100.000 Hektar von China beanspruchtes Grenzgebiet an die Volksrepublik abzutreten, öffentlich kritisiert hatte. Mit seiner Verhaftung wurde die bisher schwerste innenpolitische Krise Kirgistans ausgelöst, die das Land an den Rand eines Bürgerkrieges führte. Am 17. und 18. März kam es im Distrikt Aksy, unweit von Dschalalabad, zu Massenprotesten für die Freilassung Beknazarovs. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Demonstranten, fünf Menschen starben. Die Regierung wies jede Verantwortung zurück, aber ein staatlicher Untersuchungsbericht bescheinigte den Sicherheitskräften, »mit unverhältnismäßiger Gewalt« gegen die Demonstranten vorgegangen zu sein. Beknazarovs Anhänger blockierten daraufhin zwei Wochen lang die

Straße von Osch nach Bischkek, die Nord-Süd-Verbindung und Lebensader des Landes. Akajev trat daraufhin die Flucht nach vorn an und entließ im Mai das gesamte Kabinett.

Aufgrund der anhaltenden Demonstrationen und Unruhen wurde Beknazarov im Juli freigesprochen, doch die innenpolitische Lage bleibt instabil. »Hungermärsche« von Regierungsgegnern, die von Osch nach Bischkek führen sollten, wurden im September von der Polizei aufgelöst. Dennoch ist Akajev geschwächt und verunsichert. Sein autoritäres Regime hat kein Konzept, die Unzufriedenheit im Land politisch aufzufangen. Gleichzeitig ist er nicht gewillt, den Süden angemessen in die Ressourcenverteilung einzubeziehen, weil dadurch seine Clanherrschaft geschwächt würde. Akajevs Amtszeit endet 2005, sofern er die Verfassung nicht kurzfristig ändert. Der Süden dürfte nicht gewillt sein, erneut von Macht und Einfluss ausgeschlossen zu werden. Kirgistan sieht einer schwierigen Zukunft entgegen, gefangen in einem Teufelskreis aus Armut und Repression.

Kasachstan: Das lange Leben der Weißen Knochen

KASACHSTAN, EIN WEITES STEPPENLAND, das sich vom Kaspischen Meer bis nach China erstreckt, einer der größten Flächenstaaten der Welt, nimmt innerhalb Zentralasiens eine Sonderrolle ein. Potenziell ist es das reichste Land der Region, gemessen an seinen Bodenschätzen. Vor allem aber spielt der Islam in Kasachstan kaum eine Rolle, weder in seiner volksnahen Variante noch als politische Kraft. Mit Ausnahme der Grenzgebiete zu Usbekistan hat der Islam nur eine schwache gesellschaftliche Basis – zu sehr ist Kasachstan in seiner Geschichte russifiziert und europäisiert worden. Almaty, die Wirtschaftsmetropole und frühere Hauptstadt, könnte ebensogut in Russland oder Osteuropa liegen. Die Alltagskultur ist westlich orientiert und säkular, die wenigen Moscheen Almatys (die größte, die Freitagsmoschee, ist ein Geschenk Ägyptens) wirken wie Fremdkörper.

Da die Steppe äußerst fruchtbar ist und unmittelbar an Rußland grenzt, wurde das heutige Kasachstan sehr viel früher, beginnend im 18. Jahrhundert, und mit größerem Nachdruck von den Zarenreichen und der Sowjetmacht kolonialisiert als das übrige Zentralasien. Russische und kosakische Bauern verwandelten die Steppe zu Ackerland und verdrängten die kasachischen Nomaden. Allein im Jahr 1891 wurden über eine Million Russen im nördlichen Kasachstan angesiedelt. Später kamen andere Volksgruppen hinzu, darunter eine Million vertriebener Wolgadeutsche in den Jahren 1941/42. Graue Industriestädte wurden gebaut, um die Bodenschätze auszubeuten. Die Sowjets errichteten im nördlichen

Kasachstan die Weltraumstation Baikonur und machten Semipalatinzk zu ihrem wichtigsten Versuchsgelände für Atomwaffen. Die kasachischen Nomaden wurden in der Stalinzeit zwangsweise sesshaft gemacht, ihre Herden konfisziert. Die Folge war eine Hungersnot, der in den Jahren 1926 bis 1933 bis zu zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Die Kasachen konvertierten erst im 17. Jahrhundert, teilweise noch später, zum Islam, unter dem Einfluss tatarischer Geistlicher. Ihre Stämme, die im 13. Jahrhundert aus Sibirien einwanderten, sind Nachfahren der Krieger Dschingis Khans, der Goldenen Horde. Sie war unterteilt in drei große Stammesverbände, Schuse genannt (Singular Schus, wörtlich »Schwadron«), ferner Clan- und Familienverbände. Die Schuse spielen noch heute eine wichtige Rolle in Politik und Gesellschaft Kasachstans, sie sind gewissermaßen der einheimische Adel. Die meisten staatlichen Führungspositionen entfallen auf Angehörige der ranghöchsten Uly Schus, der Ältesten Schwadron. Seit frühester Zeit durften allein die unmittelbaren Nachfahren Dschingis Khans, die Weißen Knochen (Ak Sujek), Macht und Herrschaft ausüben. Lediglich in untergeordneter Stellung wurde auch ein Schwarzer Knochen (Kara Sujek) geduldet, ein Nichtadliger.

Nursultan Nazarbajev, ehemals Bauer und ein erfolgreicher Ringer, ist ein Weißer Knochen der Ältesten Schwadron. 1989 wurde er Erster Sekretär der kasachischen KP, anschließend Präsident Kasachstans, dessen Amtszeit 2006 endet – sofern er die Verfassung nicht erneut manipuliert. Auch Kasachstan erlebte nach der Unabhängigkeit den Niedergang seiner Wirtschaft. Zeitweise konnte der Staat keine Löhne mehr zahlen. Nazarbajev setzte auf die natürlichen Reichtümer des Landes. Die Region um das Kaspische Meer gilt als die drittgrößte Lagerstätte der Welt für Erdöl und Erdgas, nach der Arabischen Halbinsel und Russland. Etwa 70 Prozent der dortigen Öl- und Gasreserven entfallen auf Kasachstan, das überdies reich an Erzen und Metallen ist. Obwohl sich die Regierung bereitwillig vor allem amerikanischen Investoren öffnete, blieb die Ölförderung zunächst begrenzt. Das lag einerseits am Verfall der Ölpreise in den neunziger Jahren, andererseits an

den Einwänden Russlands, die sich gegen die Pipeline-Pläne westlicher Firmen richteten. Diese wollten neue Leitungen erschließen und damit das russische Transportmonopol für kasachisches Öl und Gas in Richtung Europa und Weltmarkt unterlaufen.

Erst die strategische Neuorientierung der Beziehungen zwischen Washington und Moskau im Rahmen der Anti-Terror-Koalition eröffnete neue Möglichkeiten: Russland akzeptierte die wachsende und auf Langfristigkeit angelegte amerikanische Präsenz in Zentralasien, umgekehrt läßt Washington Russland freie Hand bei der Durchsetzung machtpolitischer Ansprüche im Kaukasus. Vertraglich besiegelt wurde die neue Allianz von den Präsidenten Bush und Putin im Mai 2002 in Moskau. Daraufhin konnte im September mit dem Bau der Drei-Milliarden-Dollar Pipeline von Baku in Aserbaidschan über Georgien bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan, überwiegend finanziert von amerikanischen Ölfirmen, begonnen werden. Über diese Verbindung wird künftig der Großteil des Ölexportes aus den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres erfolgen.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz erzielt Kasachstan seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hohe Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Genaue Zahlen sind nicht bekannt, da sie als Staatsgeheimnis behandelt werden. Die Auslandsinvestitionen in Kasachstan jedoch beliefen sich seit der Unabhängigkeit bis zum Jahr 2002 auf 13 Milliarden Dollar. Nach Angaben des Geschäftsführers von ExxonMobil Kazakhstan, James Taylor, könnten die Investitionen im Ölsektor in den nächsten fünf Jahren 20 Milliarden Dollar erreichen. In der Bevölkerung ist von dem potenziellen Reichtum bislang kaum etwas angekommen. Weite Teile des Landes sind ohne Strom, ohne fließendes Wasser, ohne Kanalisation; die Gesundheitsversorgung ist ebenso schlecht wie das Bildungswesen. Die Infrastruktur steht kurz vor dem Kollaps, in den verfallenden Industriestädten aus der Sowjetzeit herrscht teilweise Hunger. Auf dem weltweiten Index der Vereinten Nationen für menschliche Entwicklung ist Kasachstan von Platz 33 im Jahr 1992 auf Platz 93 im Jahr 2002 gefallen. Allein im Finanzzentrum Almaty gibt es eine kleine Mittelschicht, aber schon eine Fahrt in die Vororte of-

fenbart die Armut der Menschen. Selbst das durchschnittliche Monatseinkommen von 130 Dollar, das deutlich über dem Niveau der Nachbarstaaten liegt, ist für die meisten der 16 Millionen Einwohner Kasachstans ein ferner Traum.

»Das gesamte Ölgeschäft und somit der Reichtum des Landes liegt in den Händen einiger weniger Familien, allen voran der Clan des Präsidenten«, sagt Lera Tsoi, Chefredakteurin der Wochenzeitung *Panorama*. »Diese Leute haben die Macht, und sie kontrollieren die Wirtschaft. Das Ergebnis ist Selbstbereicherung und Korruption.«

Kasachstan hat eine Wellenbewegung in Richtung Diktatur durchlaufen, wie auch die übrigen Staaten Zentralasiens. Der wirtschaftliche Zusammenbruch nach der Unabhängigkeit ging einher mit einer kurzen demokratischen Blüte. Neue Parteien wurden gegründet, unabhängige Zeitungen entstanden, die intellektuelle Elite diskutierte Fragen der nationalen Identität und der politischen Zukunft, debattierte über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Mitte der neunziger Jahre beendeten die Regime den »Prager Frühling«, aus Angst um ihr Machtmonopol. Auf diesen Zusammenhang hinzuweisen ist nicht selbstverständlich. Westliche Apologeten der repressiven Verhältnisse in Zentralasien, die in erster Linie wirtschaftliche oder strategische Interessen verfolgen, argumentieren gerne, die Region sei immer schon von Emiren, Häuptlingen, Khanen, Kommunisten regiert worden, von Alleinherrschern mit anderen Worten. Insofern sei die Gegenwart lediglich die Fortsetzung der Vergangenheit unter anderen Vorzeichen. Ein kultureller Faktor gewissermaßen, der leider unabänderlich sei. So zu denken ist nicht nur politisch kurzsichtig, weil Unfreiheit und Armut der beste Nährboden für politische Gewalt sind. Diese Sichtweise ignoriert gleichermaßen die gewaltige Kluft zwischen der allmächtigen Nomenklatur, die ihrer sowjetischen Mentalität weitgehend treu geblieben ist, und den Ansprüchen und Bedürfnissen der jeweiligen Bevölkerung.

1995, inmitten einer politischen Krise, als ihn die Opposition mit kritischen Fragen zur Korruption auf höchster Ebene in der Ölbranche bedrängte, löste Nursultan Nasarbajev das Parlament auf

und sicherte sich weitreichende Vollmachten. Seither hat er das Recht zur Gesetzesinitiative, ernennt den Premierminister, das Kabinett, die Provinzgouverneure, Richter und Bürgermeister. In einem Referendum ließ er sich seine Amtszeit bis 2000 verlängern. Im Januar 1999 fanden vorgezogene Präsidentschaftswahlen statt, die Nazarbajevs Amtszeit verfassungswidrig um weitere sieben Jahre verlängerten. Oppositionspolitiker wurden verhaftet oder zur Flucht ins Ausland getrieben, regierungskritische Zeitungen geschlossen. Im Juni 2000 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das Nazarbajev und seiner gesamten Familie weitreichende Privilegien und eine kollektive Immunität zusichert.

»Politik und Wirtschaft sind in Kasachstan vollständig auf den Präsidenten zugeschnitten«, sagt ein Berater Nazarbajevs, der namentlich nicht genannt werden möchte. »Und sein Programm lautet schlicht und ergreifend Machterhalt, um jeden Preis.« Ungeachtet aller Manipulationen und des brutalen Vorgehens gegenüber den wenigen noch verbliebenen unabhängigen Medien, bis hin zur Zerstörung von Sendeanlagen und der Ermordung missliebiger Journalisten, sind im Herbst 2001 die Machtkämpfe innerhalb der politischen Elite offen ausgebrochen. Die Fronten verlaufen zwischen dem Nazarbajev-Clan und den Angehörigen anderer Seilschaften aus der Oligarchie. Nas, eine der beiden Töchter des Präsidenten, besitzt ein mächtiges Fernseh- und Zeitungsimperium, das 80 Prozent der Medien im Land kontrolliert. Ihr Ehemann ist Rachat Alijev, ein Sohn des kirgisischen Präsidenten. Bis Ende 2001 war er die Nummer Zwei des Inlandsgeheimdienstes und ein aufstrebender Geschäftsmann. Der zweite Schwiegersohn, Timur Kulebajev, kontrolliert das Öl- und Gasgeschäft Kasachstans.

Die übrigen Oligarchen sahen sich durch die Macht- und Geldgier des Nazarbajev-Clans ihrer eigenen Expansionsmöglichkeiten beraubt. Denn in der staatlich gelenkten Ökonomie des Landes ist weniger unternehmerisches Engagement gefragt als vielmehr das – käufliche – Wohlwollen der Präsidentenfamilie. Nachdem Schwiegersohn Alijev die lukrativen Import-Export Geschäfte des damaligen Gouverneurs von Pavlodar, einer Region im Norden Kasachstans, übernehmen wollte, kam es zum Eklat. Zwar er-

kannte Nazarbajev, dass sein Schwiegersohn zu weit gegangen war, und schickte ihn zur Strafe ins Exil, als Botschafter nach Wien. Doch Galymschan Schakijanov, besagter Gouverneur, und Muchtar Abljasov, bis dato Energieminister und Intimfeind des zweiten Schwiegersohnes, gründeten im Herbst 2001 eine neue Oppositionspartei, die »Demokratische Alternative Kasachstans«, kurz DEMVIBUR. Sie erhielt rasch Zulauf von Regierungsmitgliedern, Geschäftsleuten und Regionalpolitikern. DEMVIBUR fordert marktwirtschaftliche Reformen, eine Demokratisierung des Landes und stellt unangenehme Fragen nach geheimen Auslandskonten des Präsidenten sowie hochrangiger staatlicher Repräsentanten. Nazarbajev reagierte, indem er Schakijanov und Abljasov im Frühjahr 2002 verhaften ließ. Im Sommer wurden sie wegen »Korruption« und »Unterschlagung« zu sieben bzw. sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Parallel dazu wurden die letzten regierungskritischen Medien geschlossen, mit Ausnahme von zwei kleineren Zeitungen. Der Versuch der Oligarchen, eine weitere Oppositionspartei mit dem Namen Ak Zhol zu gründen, Weißer Weg (eine Anspielung auf die Weißen Knochen), wurde unterlaufen. Ein neues Parteiengesetz schreibt vor, dass eine Partei 50.000 Unterschriften benötigt, um registriert zu werden – zuvor hatten 3000 gereicht.

»Präsident Nazarbajev ist außerordentlich nervös. Er hat Angst vor einem Machtverlust. Er weiß sehr genau, dass seine Schweizer Konten ein politischer Sprengsatz sind«, sagt der Journalist Sergej Duvanov, der im kasachstanischen Menschenrechtsbüro arbeitet und seit langem über dieses Thema recherchiert. Demnach unterhalte die Herrscherfamilie zwei Firmenkonten bei der Crédit Agricole, unter den Decknamen Adler und Falke. 60 Millionen Dollar sollen sich auf den beiden Konten befinden, überwiegend Bestechungsgelder amerikanischer Ölfirmen. »Nazarbajev leugnet nicht, dass es die Konten gibt. Er nennt keine Summe, sagt aber, die Gelder befänden sich aus ›Sicherheitsgründen‹ in der Schweiz und seien eine Notreserve des Staates«, so Sergej Duvanov. Des weiteren räumte der Präsident die Existenz eines Ölfonds im Umfang von rund einer Milliarde Dollar ein, der bereits 1996 von seinem zweiten Schwiegersohn, Timur Kulebajev, auf ausländischen Kon-

ten angelegt worden sei und, so die offizielle Lesart, für Rentenzahlungen sowie zum Ausgleich von Wechselkursschwankungen verwendet werde. »Nicht einmal die Abgeordneten wussten von diesem Fonds«, sagt Duvanov. »Es gab Gerüchte und Nachfragen, dann erst kam die Sache ans Licht. Laut Verfassung ist Nazarbajev allerdings nicht befugt, über die Verwendung von Staatsgeldern zu entscheiden.«

Ungeachtet der wachsenden Kritik ist Nazarbajevs Position wegen seiner nahezu uneingeschränkten Verfügungsgewalt über die Bürokratie, den Sicherheitsapparat und die staatlichen Medien nicht unmittelbar gefährdet. Hinzu kommt die vage Hoffnung der Bevölkerung, eines Tages vom Ölreichtum profitieren und ein besseres Leben führen zu können. Nazarbajev zieht es allerdings vor, in Prestigeprojekte zu investieren. 1997 verlegte er die Hauptstadt von Almaty nach Astana, in die nördliche Steppe. Ungeachtet der offiziellen Aufbruchstimmung bleibt Astana ein Potemkinsches Dorf: Glitzernde Fassaden in der Innenstadt, aber keine zwei Kilometer außerhalb beginnt erneut die Armut. Mit dem Umzug wollte Nazarbajev den Russen im Land entgegenkommen, im wahrsten Sinne des Wortes, die vor allem im Norden leben und zeitweise laut über einen Anschluss an das angrenzende Russland nachgedacht hatten. Nachdem sie infolge anhaltender Abwanderung nur noch ein Viertel der Bevölkerung stellen – vor der Unabhängigkeit waren sie in der Mehrheit –, scheint dieses Problem nicht länger gegeben zu sein.

»Die meisten Kasachen haben vor Russland keine Angst mehr«, sagt Murat Laumulin, stellvertretender Direktor des regierungsnahen Instituts für Strategische Studien in Almaty. »Viel größere Sorgen machen wir uns wegen China. Eine Milliarde Menschen auf der Suche nach Land und Boden. Und wir sind die Nachbarn, ein riesiger Flächenstaat mit wenig Einwohnern.« Vor diesem Hintergrund seien die geopolitischen Veränderungen seit dem 11. September 2001 für Kasachstan nicht ohne Risiko. Die amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien empfinde China als Bedrohung und Provokation. Zwischen Peking und Washington werde es in dieser Frage zunehmend Spannungen und ein offenes Konkurrenzver-

halten geben. China könnte geneigt sein, Kasachstan unter Druck zu setzen: Wegen der engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den USA, darunter die Gewährung von Überflugrechten für den Anti-Terror-Kampf und die Freigabe kasachischer Flughäfen für amerikanische Kampfflugzeuge. Russland wiederum reagiere auf den amerikanischen Machtfaktor, indem es seine Mittelstreckenraketen in Sibirien nach Zentralasien ausrichte. »Wir stehen erst am Anfang einer regionalen Neuordnung,« so Laumulin, »deren künftige Konturen gegenwärtig noch nicht abzusehen sind.«

Usbekistan: Tee im Garten Timurs

TASCHKENT IST EINE STADT OHNE GESICHT, ohne klare Linien und Konturen. Es fehlt die Atmosphäre, der Charakter, eine bestimmende Identität. Weite Teile der Neustadt erinnern an ein sowjetisches Disneyland. Endlose Reihen von Plattenbauten säumen breite Alleen, auf überdimensionalen, begrünten Plätzen und Rondellen erzeugen Springbrunnen gewaltige Wasserspiele und Fontänen. Nach der Zerstörung Taschkents durch ein Erdbeben im Jahr 1966 wurde die usbekische Hauptstadt im Stil des sozialistischen Realismus wiederaufgebaut, architektonisch ein nicht minder schweres Desaster. Bis zum Erdbeben sah es überall so aus wie in der teilweise unversehrt gebliebenen Altstadt: flache Lehmhäuser mit großen Innenhöfen, eine schmucklose Fassade zur Straße hin. Die jeweiligen Stadtteile sind unterteilt in nachbarschaftliche Bezirke, Mahallas genannt, in denen eine starke soziale Kontrolle herrscht.

In der Altstadt tragen die Frauen Kopftuch und traditionelle Gewänder, bodenlang und sehr farbenfroh, treffen sich die Männer, ausschließlich Männer, in den Tschai-Khanes, den nicht minder traditionellen Teestuben. Sie sind ein Mikrokosmos der Gesellschaft, geprägt von ungeschriebenen Gesetzen der Gastfreundschaft und des Respekts gegenüber den Älteren. Der ausländische Besucher ist König und wird bestürmt von Fragen wie: »Das usbekische Volk liebt das deutsche Volk. Was denkt das deutsche Volk über das usbekische?« Die Runde sitzt im Schneidersitz auf einem Brettergerüst mit erhöht eingelassenem Tisch; Tschai-Khanes sind zumeist lauschige Plätze, gerne an einem Fluß gelegen, eher Re-

staurant als Teestube, und sehr schnell werden dem Gast die Grenzen offenbar. Ein offener Meinungsaustausch wird nach Möglichkeit vermieden, Politik ist Tabu. Fragen nach Präsident Islam Karimov oder den Problemen des Landes werden höflich, aber bestimmt von der Liebe des usbekischen Volkes erdrückt. Repression gehört überall in Zentralasien zum Rüstzeug der Regime. Doch nirgendwo ist der Polizeistaat so spürbar wie in Usbekistan, neben Turkmenistan das totalitärste Land der Region. Bis in die Mahallas hinein wachen die Geheim- und Sicherheitsdienste über die Ansichten und Lebensformen der Bewohner, wie vormalis die Stasi in der DDR. Nach Mitternacht sind die Straßen der Drei-Millionen-Stadt Taschkent wie leergefegt, abgesehen von den allgegenwärtigen Polizeifahrzeugen und Sicherheitskräften.

Nicht allein in den Tschai-Khanes und der Altstadt sind traditionelle Werte, Sitten und Gebräuche sehr lebendig. Sie spielen in der Alltagskultur insgesamt eine große Rolle, wobei sie gewissermaßen in einer säkularisierten Form auftreten. Gastfreundschaft und Höflichkeitsrituale werden etwa in der arabischen Welt allgemein dem Islam zugeschrieben. Hierzulande überwiegt die Formel vom »usbekischen Volk«: die Nation steht über der Religion, im Zweifel verschmelzen beide und werden eins. Was aber heißt usbekisch? In den zentralasiatischen Staaten dient die eigene Geschichte und Mythologie ganz wesentlich der Legitimation des jeweils dominanten Staatsvolkes. Die Geschichte der Usbeken, ursprünglich ein nomadisierendes Turkvolk, ist allerdings nicht unproblematisch. Durch ihren Einfall in Transoxanien, dem das heutige Usbekistan in großen Teilen entspricht, zerstörten die Usbeken im 15. und 16. Jahrhundert die alten Traditionen der sesshaften persischen Völker in den Oasengebieten. Die Folge war ein kultureller und wirtschaftlicher Niedergang. Allein die Tadschiken konnten sich in den islamischen Zentren Buchara und Samarkand behaupten, ethnische Perser, die aber nicht Schiiten sind wie im Iran, sondern Sunniten. Die Tadschiken haben die Geschichte des Islams in Zentralasien maßgeblich geprägt, weniger die Usbeken.

Nach der Unabhängigkeit stellte sich für Präsident Karimov die Frage, wie eine moderne usbekische Identität zu begründen, der

Nationalstaat zu legitimieren sei – und mit ihm die eigene Herrschaft. Karimov machte zweierlei. Zum einen »usbekisierte« er die Geschichte Timurs und der Timuriden. Timur-Leng (auch Tamerlan genannt, 1336–1405) wurde unweit von Samarkand geboren und baute in mehreren Feldzügen durch Asien und Europa ein Reich auf, das vom Ganges bis zum Mittelmeer reichte. 1370 wurde er zum Emir Transoxaniens ausgerufen. Die Herrschaft seiner Nachfahren, der Timuriden, wurde endgültig 1506 beendet, durch das Vordringen der Usbeken. Timur war nach Dschingis Khan der mächtigste (und grausamste) Herrscher Zentralasiens aller Zeiten.

Es dürfte kein Zufall sein, dass Karimov Timur zum Ahnherren Usbekistans machte. Wider die Geschichte, denn Timur war kein Usbeke, sondern Mongole. Überdies wurde die Hochkultur der Timuriden, die Blüte islamischer Herrschaft und Kunst in Buchara und Samarkand, von den usbekischen Eroberern zerstört. Aber Timur steht für Macht und Größe, und Karimov sieht sich als dessen legitimer Erbe. Er beansprucht eine usbekische Führungsrolle in Zentralasien, gegen den wirtschaftlich stärkeren Nachbarn Kasachstan, und er behandelt die kleinen Staaten Kirgistan und Tadschikistan mit ihren starken usbekischen Minderheiten wie Vasallen. Timur ist Kult in Usbekistan, und Karimov meint sich, wenn er Timur inszeniert. Im Zentrum des modernen Taschkent, dort, wo früher eine Lenin-Statue den Weg wies, an einem Platz, vom dem sternförmig mehrere Hauptstraßen ausgehen, erhebt sich ein übergroßes Denkmal von Emir Timur, gebieterisch zu Pferde sitzend. Schräg gegenüber befindet sich das Emir-Timur-Museum, ein postmoderner Kuppelbau, 1996 eröffnet und ein wichtiger Baustein der staatlichen Timur-Verehrung.

Und zum anderen instrumentalisierte Karimov den Islam. 1991, als der vormalige Erste Sekretär der KP Usbekistans als Präsident Usbekistans vereidigt wurde, hielt er den Koran in der einen, die Verfassung in der anderen Hand. Im Jahr darauf machte er eine Pilgerfahrt nach Mekka und empfahl sich der islamischen Welt wie auch der eigenen Bevölkerung als guter Muslim und gläubiger Führer. Die häufig verfallenen Moscheen, Madrasas und sakralen

Prachtbauten aus dem Spätmittelalter wurden aufwendig restauriert, vor allem in Buchara und Samarkand. Ebenso Heiligengräber und Pilgerorte der Volksfrömmigkeit, allen voran das Naqschbandi-Mausoleum bei Buchara und der »Imam al-Buchari Erinnerungskomplex« unweit von Samarkand, ein regelrechtes Staatsheiligtum.

Baha ud-Din Naqschbandi gründete im 14. Jahrhundert den bis heute einflussreichsten Orden religiöser Mystiker (Sufis) in Zentralasien. In der sowjetischen Zeit sorgten vornehmlich die Naqschbandis für das Weiterleben der Religion im Untergrund. Doch ebenso in der arabischen Welt, in Pakistan, Indien und insbesondere in der Türkei verfügt die Bruderschaft über zahlreiche Anhänger, auch und vor allem in Politik und Wirtschaft. Der frühere türkische Premier Turgut Özal beispielsweise gehörte den Naqschbandis an. Imam al-Buchari wiederum (810–870), einer der bedeutendsten islamischen Denker und Theologen, gilt heute als eine der wichtigsten Referenzquellen für aufgeklärte und liberale Strömungen innerhalb des Islams.

»Präsident Karimov will mit seinem Engagement in religiösen Fragen den Islam säkularisieren, damit keine fundamentalistischen Strömungen entstehen«, betont Zochidulla Munavvarov, Vorsitzender der Internationalen Stiftung Imam al-Buchari und ehemals Präsidentenberater. »Religion bedeutet die geistig-moralische Erziehung des Menschen und ist Teil der nationalen Identität Usbekistans.«

Ungeachtet des staatlichen Kultes mit politischen, kulturellen und religiösen Symbolen aus den Glanzperioden zentralasiatischer Geschichte und ihrer hemmungslosen »Usbekisierung« hat die Regierung in Taschkent ein überaus gespaltenes Verhältnis zum Islam. Im Wesentlichen hat sie die sowjetische Praxis fortgeführt, islamischen Organisationen und Aktivitäten möglichst neutrale Betätigungsfelder zuzuweisen, mit wenig gesellschaftlichem Gewicht. Alles, was mit Religion zu tun hat, wird genauestens kontrolliert, nicht zuletzt mit Hilfe des Muftiyats. Obwohl Staat und Religion laut Verfassung getrennt sind, ernannte Karimov persönlich einen Gefolgsmann zum Mufti, Abdurashid Qori Bachromov.

Der ranghöchste orthodoxe Würdenträger erläutert unverblümt sein Mandat: »Das Muftiyat kontrolliert alle 2000 Moscheen im Land, im Rahmen des neuen Gesetzes über Glaubensfreiheit. Um sicherzustellen, dass alles mit rechten Dingen zugeht.« Früher, so Qori Bachromov, der äußerlich dem früheren iranischen Präsidenten Rafsandschani ähnelt, konnten die Imame »predigen, was sie wollten. Aber seit fünf Jahren legt das Muftiyat die Inhalte der Freitagspredigt fest. Sie werden hier ausgearbeitet und sind landesweit verbindlich.« Gepredigt würden etwa »die Liebe zur Heimat und das Gebot, die Eltern zu achten und zu respektieren. Wir legen größten Wert darauf, die Jugend anzusprechen und aufzuklären. Nur so können wir verhindern, dass sich junge Menschen radikalen Strömungen zuwenden.«

Was zu bezweifeln ist. Die Ursachen des radikalen Islams in Usbekistan liegen tiefer und ergeben sich, wie auch in den Nachbarländern, aus der Wechselwirkung von politischer Repression, Identitätssuche und wirtschaftlichem Niedergang. Kaum war Usbekistan unabhängig, sicherte sich Islam Karimov die Alleinherrschaft. Regierungskritische Parteien, Medien und religiöse Führer wurden systematisch ausgeschaltet und kriminalisiert. Die wichtigste Oppositionsbewegung, Birlik (Einheit), verlangte Reformen des politischen Systems, mehr Bürgerrechte und ein stärkeres ökologisches Bewußtsein. Die Bewegung fand große Resonanz in der Bevölkerung und hatte zehntausende Anhänger. Streitigkeiten unter den Parteiführern führten jedoch im April 1990 zu einer Spaltung der Opposition und zur Gründung der Erk (Freiheit)-Partei. Zu den Präsidentschaftswahlen 1991 durfte der Birlik-Vorsitzende Abdurahim Polat, von Beruf Computer-Fachmann, auf Geheiß der Regierung nicht antreten, der Birlik-Führer Muhammad Salih, ein Schriftsteller, erhielt nach offiziellen Angaben lediglich 13 Prozent der Stimmen. Doch Karimov erschien selbst dieses Ergebnis noch zu bedrohlich. Bis Mitte 1993 wurden alle Oppositionsparteien verboten, ihre Politiker verhaftet oder ins Exil getrieben – Polat lebt heute in den USA, Salih in Norwegen. Parallel dazu wurden sämtliche Zeitungen, die der Opposition nahe standen, verboten, ebenso die Verbreitung ihrer Parteischriften. Innerhalb von knapp

zwei Jahren hatte Karimov die säkulare Opposition vollständig zerschlagen und sich einen Machtapparat geschaffen, der die autoritären Strukturen der Sowjetzeit nahtlos fortsetzte.

Auf religiöser Ebene erhielt der »inoffizielle« Islam starken Zulauf. Viele Muslime, die eine staatliche Kontrolle ihres Glaubens ablehnten, wandten sich unabhängigen Imamen zu. Das Muftiyat gilt in der Bevölkerung als Sprachrohr des Regimes und genießt wenig Ansehen. Zunehmend kam es zu Spannungen zwischen einfachen Gläubigen und ihren lokalen Imamen einerseits und der offiziellen islamischen Hierarchie andererseits, die eng mit den Sicherheitsdiensten zusammenarbeitet. Im Fergana-Tal entstanden mehrere islamische Gruppen und Parteien, darunter Adolat (Gerechtigkeit), Tovba (Sühne) und der usbekische Zweig der »Islamischen Partei der Wiedergeburt« (IRP), die ihre Hochburg in Tadschikistan hat. Sie wurden 1992 zerschlagen, zahlreiche Mitglieder und Kader flohen nach Afghanistan und in den Iran, der Führer der IRP, Abdulla Otajev, wurde ermordet. Die IRP soll allein in Andijan und Namangan, zwei Hauptorten des Fergana-Tals, etwa 50.000 Anhänger gezählt haben. Bis heute geht der Machtapparat Karimovs dort mit äußerster Entschlossenheit und Brutalität gegen inoffizielle islamische Organisationen und regierungskritische Imame vor.

Generell werden islamische Strömungen und Bewegungen, die den Regierungen Zentralasiens nicht genehm sind, wie schon zu sowjetischen Zeiten als »wahhabitisch« bezeichnet – unabhängig davon, ob sie tatsächlich Anhänger des Wahhabismus sind, einer erzkonservativen, pietistischen Strömung innerhalb des Islams, die in Saudi-Arabien Staatsreligion ist. Ihr Begründer war Mohammed Ibn Abd al-Wahhab (1703/4–1792), der die Einheit von Staat und Religion forderte sowie die strikte Einhaltung der Grundlagen islamischen Glaubens. Aus kommunistischer Sicht war der Wahhabismus, der eine Variante des islamischen Fundamentalismus darstellt, ein ideologischer Erbfeind wie der Kapitalismus, reaktionär und rückständig. Noch heute hat der Begriff in Zentralasien eine überaus verächtliche Konnotation. Präsident Karimov erklärte im Mai 1998 vor dem Parlament: »Diesen Leuten

(den Wahhabiten) sollte man in den Kopf schießen, und wenn nötig mache ich das selbst.« Tatsächlich haben wahhabitische Propagandisten aus Saudi-Arabien nur zu Beginn der neunziger Jahre und sehr begrenzt Einfluss gewinnen können, vor allem im Fergana-Tal. Viel »massenwirksamer« als das saudische Modell war im öffentlichen Bewusstsein die iranische Revolution, die den Muslimen Zentralasiens in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft vor Augen führte, dass Religion eine politische Waffe sein kann.

Die anhaltende Repression bewirkte genau das Gegenteil. Der »inoffizielle« Islam wurde nicht zerschlagen, sondern gestärkt – und immer radikaler. Neue Gruppen entstanden und erhielten Zulauf auch von Gläubigen, die zunächst unpolitisch gewesen waren, aber ein Ventil für ihre Unzufriedenheit und wirtschaftliche Misere suchten. Im Februar 1999 wurde in Taschkent ein Anschlag auf Präsident Karimov verübt, für den die Regierung die »Islamische Bewegung Usbekistans« (IMU) verantwortlich machte. Im Sommer 1999 und 2000 versuchten IMU-Aktivisten, von Tadschikistan über Kirgistan nach Usbekistan einzudringen. Seit dem Tod ihres Anführers Namangani in Afghanistan und dem Sturz der Taliban dürfte die Bewegung keine Bedrohung mehr darstellen. Heute gilt die Hizb ut-Tahrir, die Partei der Befreiung, als Staatsfeind Nummer Eins. Wie bereits erwähnt, gibt es nach Angaben der Unabhängigen Menschenrechtsorganisation Usbekistans 7000 politische Gefangene im Land, darunter 5000 Anhänger der HT. Die Politik der Regierung, die säkulare Opposition ebenso auszuschalten wie gemäßigte islamische Strömungen, hat gewaltbereiten Extremisten maßgeblich den Boden bereitet. Vor allem in ländlichen Gebieten gelten die Sympathien der mehrheitlich konservativen Bevölkerung längst den radikalen Islamisten, nicht etwa demokratischen Bewegungen.

Präsident Karimov ernennt, wie auch seine zentralasiatischen Amtskollegen, sämtliche Minister, Gouverneure, Richter, Staatsanwälte, Bürgermeister etc., wobei alle Ämter käuflich sind. Doch Karimovs Machtansprüche gehen weiter. Er sieht sich als Präsident auf Lebenszeit, und er sucht die vollständige Kontrolle über die Wirtschaft. Karimov hat seit der Unabhängigkeit Wirtschaftsre-

formen und insbesondere Privatisierungen verworfen, ungeachtet wiederholter schwerer Krisen. So kam es wegen Nahrungsmittelknappheit 1992 in Taschkent zu anhaltenden Unruhen, die vom Militär niedergeschlagen wurden. Im April 2001 schloss der Internationale Währungsfonds IMF sein Büro in Taschkent, vor allem wegen der Wechselkurs-Manipulationen. Es gibt drei Wechselkurse, wobei der günstigste für Unternehmen und Geschäftsleute gilt, die der Regierung nahe stehen. Diese kaufen also zu subventionierten Preisen Devisen und verkaufen die damit erworbenen Produkte anschließend zu einem deutlich schlechteren Wechselkurs, sofern sie nicht gleich auf dem Schwarzmarkt landen. Ein schlichtes System der Selbstbereicherung, das über Nacht Millionäre schafft und die Wirtschaftsleistung des Landes untergräbt, aber politische Loyalitäten sichert. Aus genau diesem Grund, der manipulativen Devisenbewirtschaftung durch das Regime, hat sich der IMF jahrelang geweigert, Usbekistan Kredite zu gewähren.

Karimov erkannte allerdings die Chance, die sich ihm durch die Anti-Terror-Koalition bot. Seit Oktober 2001 stellt Usbekistan sein Territorium für den militärischen Einsatz in Afghanistan zur Verfügung. Als Gegenleistung überzeugte Washington den IMF, sein Büro in Taschkent wieder zu eröffnen und dem Land einen Kredit über zwei Milliarden Dollar zu gewähren.

Im Rahmen der Anti-Terror-Koalition sind 1500 amerikanische Soldaten in Usbekistan stationiert, überwiegend auf der Luftwaffenbasis Khanabad. Doch im Gegensatz zu Kirgistan wird ihre Präsenz von offiziellen Stellen in Taschkent nach Möglichkeit verschwiegen oder heruntergespielt. Zu groß ist die Sorge, sie könnte in der Öffentlichkeit auf Ablehnung stoßen oder der Propaganda radikaler Islamisten dienlich sein. Die Amerikaner seien nur »vorübergehend« in Usbekistan stationiert, um in Afghanistan eine »humanitäre Mission« zu erfüllen, erklärt Ravshan Alimov, Direktor des regierungsnahen Instituts für Strategische Studien. Über ihre genaue Anzahl sei er »als Wissenschaftler nicht informiert«. Allerdings seien sich Taschkent und Washington einig, dass Zentralasien »mit einer islamistischen Bedrohung konfrontiert ist, die entschlossenes Handeln verlangt«.

Karimovs Kooperation rechnet sich. Er bezieht amerikanische Wirtschaftshilfe (160 Millionen Dollar für 2002), erhält Sicherheitsgarantien und grünes Licht für seine Ambitionen, Usbekistan die Führungsrolle in Zentralasien zuzuweisen. Realistisch ist dieser Ehrgeiz nicht. Zwar ist Usbekistan mit 25 Millionen Einwohnern (von denen nur drei Prozent Russen sind) das bevölkerungsreichste Land der Region und somit der wichtigste Binnenmarkt. Aber in wirtschaftlicher Hinsicht hat Usbekistan den Wettlauf mit Kasachstan spätestens Ende der neunziger Jahre verloren – seither sind die Wachstumszahlen stark rückläufig. Lag das Bruttoinlandsprodukt 1999 bei 701 Dollar pro Kopf, so wird es für 2003 nur noch auf 228 Dollar geschätzt.

Überdies besteht eine große Kluft zwischen den Großmachtphantasien Karimovs und der Fragilität des politischen Systems in Usbekistan. Alle zentralasiatischen Staaten sind präsidiale Diktaturen. Aber in Kasachstan würde ein Machtverlust des Nazarbajev-Clans nicht zwangsläufig zu einem Zusammenbruch des politischen Systems führen. Andere Oligarchen stünden bereit, ein entstehendes Vakuum sofort zu füllen. Die staatlichen Strukturen würden insgesamt weiterbestehen, ohne in Anarchie und Chaos abzugleiten. Karimov dagegen ist der oberste Repräsentant rivalisierender Patronage-Netzwerke, die ungeachtet ihrer kriminellen Machenschaften über großen regionalen Einfluss verfügen. Sollte die »Integrationsfigur« Karimov ausfallen (der 1938 Geborene ist schwer herzkrank), gibt es keinen politischen Mechanismus, der die Nachfolge friedlich regeln könnte. Die Gefahr eines Bürgerkrieges oder anhaltender innenpolitischer Gewalt ist daher in Usbekistan nicht zu unterschätzen. Sollten sich radikale Islamisten im Fergana-Tal mit regionalen Clans verbünden, steht ihnen der Weg zu Macht und Einfluss offen.

Die Folgen des 11. September für Zentralasien

MIT BEGINN DER ANGRIFFE AUF AFGHANISTAN am 7. Oktober 2001, die sechs Wochen später zum Sturz der Taliban führten, wurden auch in Zentralasien Militärbasen der Anti-Terror-Koalition eingerichtet, vor allem für die Luftwaffe. Stützpunkte befinden sich in Kirgistan (2000 Soldaten, überwiegend Amerikaner und Franzosen) und Usbekistan (1500 Amerikaner, 300 Deutsche), ein kleines Kontingent (150 Franzosen, 30 Amerikaner) ist in Tadschikistan stationiert. Die Bevölkerung begegnet der westlichen Militärpräsenz überwiegend mit Gleichgültigkeit. Politische Analysten vor Ort befürchten, dass der wachsende amerikanische Einfluss in der Region mittel- und langfristig vor allem mit chinesischen, aber auch mit russischen und iranischen Interessen kollidieren wird. Dabei geht es nicht zuletzt um den Zugriff auf die Bodenschätze, in erster Linie Erdöl und Erdgas. Der Bau neuer, überwiegend amerikanisch finanzierter Pipelines (Baku-Ceyhan, geplant ist Turkmenistan – Pakistan über Afghanistan) entscheidet nicht allein über Armut oder Wohlstand der jeweiligen Anrainerstaaten. Er ist auch ein politisches Signal, ein Symbol des Machtwechsels. Russlands Einfluss in Zentralasien schwindet, die USA füllen das Vakuum – wirtschaftlich und militärisch. Sollte Washington seine neue Rolle in der Region auch als Ordnungsmacht wahrnehmen, so wie im Nahen und Mittleren Osten, dürfte der Konflikt mit Peking nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Alle Regime in Zentralasien sind instabil, undemokratisch und sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Die Frage, wie die Alleinherrscher ihre Nachfolge regeln, ist vollkommen offen. Zu-

mindest für Kasachstan zeichnet sich der Versuch ab, eine Familiendynastie zu begründen. Aber auch Gewalt ist eine Option, in Gestalt regionaler Milizen, die ihren Anteil an der Macht einfordern. Ein Militärputsch dagegen erscheint wenig wahrscheinlich, da alle Regime der eigenen Armee misstrauen und sie so klein wie möglich halten – im Gegensatz zu Polizei, Miliz und den Geheimdiensten. Turkmenistan hat seine Landesverteidigung teilweise, Tadschikistan vollständig dem russischen Militär überlassen. Stabilität und Berechenbarkeit wird es in Zentralasien erst geben, wenn der wirtschaftliche Niedergang endet und die Bevölkerung eine Perspektive sieht, der endemischen Armut zu entkommen. Parallel dazu bedarf es einer politischen Liberalisierung, der Abkehr von Repression und Willkür.

Trägt die Präsenz der Anti-Terror-Koalition und der wachsende Einfluss Washingtons in Zentralasien dazu bei, den Demokratisierungsprozess zu fördern? Tatsache ist, dass die USA die unsäglichen Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan seit 1996, seit der Machtübernahme der Taliban in Kabul, vollständig ignorieren, mit Blick auf ihre strategischen Interessen in Afghanistan. Auch das an Erdöl und Erdgas reiche Kasachstan hat seit Mitte der neunziger Jahre keine Kritik aus Washington mehr zu befürchten. In einem Vortrag vor dem *Committee on Foreign Relations* des amerikanischen Senats erklärte Martha Brill Olcott, Berichterstatterin für Zentralasien, am 27. Juni 2002: »Die Allianz mit den USA hat nur wenig geholfen, die regionalen Führer von demokratischen Reformen in ihren Gesellschaften zu überzeugen. Zum Teil deswegen, weil sie den Eindruck haben, dass sie mit ihrem Verhalten durchkommen. Sie haben weder von außen noch von innen Konsequenzen zu befürchten. Sie wissen, dass sich die internationale Staatengemeinschaft im Zweifel zurücklehnt und diesen Männern ihren Willen lässt, weil insbesondere die Prioritäten der USA gegenwärtig anderswo liegen.« In Afghanistan nämlich und im Irak.

Der erklärte amerikanische Anspruch, einen Regimewechsel in Bagdad herbeizuführen und mittelfristig im Nahen und Mittleren Osten insgesamt demokratische Verhältnisse zu schaffen, spielt in Zentralasien nachweislich keine Rolle, wie sich am Beispiel Turk-

menistans einmal mehr zeigt. Dieses Nordkorea in der Wüste folgt einem bizarren Führerkult: Eine überdimensionale, vergoldete Statue von Präsident Saparmurad Niyazov, genannt »Der Große Turkmenbaschi« (Führer der Turkmenen) oder »Der Liebe Vater«, gleichermaßen Staatsmann und Dichter (»Die Mutter«, »Du – ein Turkmene«), dominiert das Stadtbild der Hauptstadt Aschgabat. Es dreht sich mit der Sonne, so dass Niyazovs Gesicht stets in hellem Glanz liegt. Schulbildung hält »Der Liebe Vater« für entbehrlich, ebenso das Erlernen von Fremdsprachen, da beides verderblichen Einflüssen des Westens den Weg bereite. Eine ganze Generation von Halb- und Analphabeten wächst in Turkmenistan heran, die lediglich gehalten ist, Niyazovs Grundlagenwerk zu studieren: Ruhnama (Unser Wesen), ein *stream-of consciousness*-Führer zu einem besseren Leben, das seine Beamten gerne mit dem Koran oder der Bibel vergleichen. »Das Buch springt von Thema zu Thema wie ein Kaninchen«, kommentiert die *International Herald Tribune*. »Es versucht, seine Leser von den turkmenischen Traditionen zu überzeugen und sie zu vorbildlichen Staatsbürgern zu machen.«

Turkmenistan verfügt kaum über eine eigene Elite. Die intellektuelle und technokratische Führungsschicht starb bei einem Erdbeben 1948 in Aschgabat, dem mehr als 100.000 Menschen zum Opfer fielen. Stalin verzögerte bewusst den Wiederaufbau, auch im Bereich der Schulen und Universitäten, da Turkmenistan allein als Rohstofflieferant von Interesse war. Heute konzentriert sich die politische und wirtschaftliche Macht vollständig in den Händen Niyazovs und seines Staatsapparates, der gleichzeitig als Patronagesystem dient. Es gibt keine Parteien, keine unabhängigen Medien, keine Opposition, auch keine islamistische. Versammlungen aller Art sind verboten. Im Gegensatz zu Nordkorea ist Turkmenistan allerdings potenziell reich, und gelegentlich verteilt »Der Liebe Vater« Geld unter den fünf Millionen Turkmenen, die im Übrigen genauso ärmlich leben wie der Rest Zentralasiens. Das Land verfügt über gewaltige Erdgasreserven, die Turkmenistan in den nächsten Jahren zu einem der Top-Ten-Produzenten weltweit machen werden. Gegenwärtig bereitet ein amerikanisches Konsortium den Bau einer neuen Pipeline vor, die vor allem turkmeni-

sches Gas über Afghanistan zur pakistanischen Hafenstadt Karachi führen soll. Entsprechende Pläne gab es bereits Mitte der neunziger Jahre unter Federführung der kalifornischen Firma UNOCAL. Sie scheiterten, weil die Taliban als unzuverlässige Vertragspartner galten.

Dieses Problem besteht nicht mehr. Zwar unterhält die Anti-Terror-Koalition wegen Aschgabats »permanenter Neutralität« keine Stützpunkte in Turkmenistan, aber die Lücke füllt Usbekistan, das ebenfalls an Afghanistan grenzt.

Pluralismus jedenfalls gilt in Zentralasien als lässliche Tugend, maßgeblich sind geostrategische und wirtschaftliche Interessen. Was die Frage aufwirft, ob das amerikanische Bekenntnis zur Demokratie im Nahen und Mittleren Osten ernst gemeint oder lediglich ein taktisches Argument ist. Grundsätzlich bedarf Zentralasien dringend westlicher Hilfe, nicht zuletzt bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme wie der Versalzung weiter Teile Usbekistans und Turkmenistans. Sie ist das Ergebnis der intensiven Baumwoll-Bewässerung, die den Aral-See in weiten Teilen trockengelegt hat: anschließend trägt der Wind Sand und Salz tief ins Landesinnere. Wasser und Land sind gefährliche Konfliktpotenziale, die sich jederzeit ethnisch entladen können. Der Westen kann hier nicht Wunder bewirken, aber er schürt die Konflikte, indem er sie ignoriert oder sich die Sichtweise der Regime zu eigen macht.

»Ein Aspekt, der uns immer wieder Sorgen bereitet, ist die Politik der doppelten Standards, was Menschenrechte betrifft«, schreibt die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch in New York. »Das Taliban-Regime in Afghanistan wurde für alles und jedes verantwortlich gemacht, was die Nichteinhaltung von Menschenrechten betrifft. Aber ganz plötzlich, aus militärischen und strategischen Gründen, wurden die Regierungen in Usbekistan oder Tadschikistan zu akzeptablen Verbündeten«, unbeschadet ihrer endemischen Korruption und Willkürherrschaft.

Insbesondere Präsident Islam Karimov begründet seine repressive Politik mit der Gefahr, die vom radikalen Islam ausgehe. Darin weiß er sich einig mit führenden Denkschulen in den USA, die den

Radikalismus interpretieren als »islamischen Totalitarismus«. Nach dem Sieg über Faschismus und Kommunismus gelte es nun, argumentiert etwa der amerikanische Politologe Michael McFaul in *Policy Review* (April 2002), diesen »neuen Feind« weltweit militärisch zu bekämpfen. Sowie all jene, »die gegen die Freiheit sind, seien sie nun Diktatoren in Nordkorea oder Scheichs in Saudi-Arabien. Selbstverständlich muss sich der Krieg zunächst einmal auf jene tyrannischen Kräfte konzentrieren, die eine größere Gefahr für amerikanische Sicherheitsinteressen darstellen – eine Liste, die bin Laden und den Irak umfasst, nicht aber Saudi-Arabien oder Ägypten.«

Das Schlagwort vom »islamischen Totalitarismus« findet zunehmend Eingang in westliche Politik und Publizistik, auf beiden Seiten des Atlantiks. Der Begriff ist ideologisch geprägt und konstruiert einen Gegensatz: hier die westliche Welt, Synonym für Freiheit und Fortschritt, dort eine militante Bedrohung im Namen des Islams, einer gewaltbereiten und obskurantistischen Religion. Demzufolge wäre der »Totalitarismus« in der Religion selber angelegt, gewissermaßen ein islamisches Glaubensmerkmal. Obwohl nur eine Minderheit der Muslime militant ist, gelten sie aus dieser Sicht insgesamt als gewaltbereit, suchen Konfrontation und Terror – den »Kampf der Kulturen«, um es mit Samuel Huntington zu sagen.

Gerade die Entwicklung in Zentralasien zeigt jedoch, wie unsinnig und gefährlich das Wort vom »islamischen Totalitarismus« ist. Der radikale Islam in Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan ist in erster Linie eine Reaktion auf Armut, Unfreiheit und den Mangel an demokratischen, säkularen Alternativen. Und er ist Ausdruck einer Identitätssuche. Mit anderen Worten: der radikale Islam ist die Quittung für das Versagen der autoritären Regime und ihrer zügellosen Selbstbereicherung. Diese Regime nunmehr einzubinden in den Anti-Terror-Kampf, ohne auf Reformen und Rechtsstaatlichkeit zu drängen, dürfte die sicherste Methode sein, den radikalen Islam zu stärken und ihm neue Anhänger zuzuführen. Er ist das einzige politische Ventil, das einer zunehmend desillusionierten Bevölkerung bleibt, wie auch die Entwicklung in Tadschikistan zeigt.

Tadschikistan: »Ein schlechter Frieden ist besser als ein guter Krieg«

ÜBERALL IN TADSCHIKISTAN FINDEN sich Heiligengräber. Orte der Ruhe und der Meditation, angelegt in weitläufigen Parkanlagen, gelegentlich mit Springbrunnen und Vogelkäfigen versehen, idyllisch und friedlich. So auch das Heiligengrab von Maulana Ya'qub Khargi im Dorf Gülistan, übersetzt Rosengarten, ein Vorort der Hauptstadt Duschanbe. Khargi lebte im 16. Jahrhundert, pilgerte von Ghazni in Afghanistan nach Buchara, schloss sich der Naqschbandi-Bruderschaft an und gründete in Gülistan eine Madrasa, die er bis zu seinem Tod leitete. Heute ist sie Pilgerstätte, zweimal in der Woche findet hier eine Armenspeisung statt, zu der sich fast das gesamte Dorf versammelt. Gülistan ist staubig und ärmlich, vor den schlichten Lehmbauten stehen Frauen in traditionellen Gewändern, ausdruckslos und stumm. Ein ungutes Schweigen liegt über dem Dorf, das sich dem Fremden lange nicht erschließt. Bis jemand auf die Hügel in der Nähe zeigt, wenige Steinwürfe entfernt vom Heiligengrab. Massengräber, in denen Hunderte verscharrt wurden. In Gülistan verlief die Front. Wechselseitig masakrierten sich »Jurtschikis«, die Anhänger des Regimes, und »Wovtschikis«, Wahhabiten. Hier wie überall im Land. Nach fünf Jahren Krieg, 1992 bis 1997, war die Bilanz verheerend: 60.000 bis 100.000 Tote, 600.000 Binnenflüchtlinge, ein Zehntel der Gesamtbevölkerung, 80.000 Flüchtlinge im Ausland, vor allem in Afghanistan, und eine ruinierte Volkswirtschaft – der Krieg hat schätzungsweise sieben Milliarden Dollar gekostet.

Die Ursachen liegen in der komplexen Geschichte des Landes,

regionalen Rivalitäten, im Clanwesen, dem Entstehen einer radikalen islamistischen Ideologie und den schlimmsten sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der ehemaligen Sowjetunion. Tadschikistan hatte das niedrigste Bruttoinlandsprodukt der UdSSR und die höchste Geburtenrate. 40 Prozent des Staatshaushaltes waren Subventionen aus Moskau.

Mit Beginn der sowjetischen Herrschaft wurde 1924 ein großer Teil tadschikischen Territoriums an Usbekistan abgetreten, darunter die städtischen Zentren Buchara und Samarkand mit ihrer tadschikischen Bevölkerungsmehrheit und die wichtigsten Ressourcen des Landes. Gleichzeitig wurden Gebiete mit einem hohen usbekischen Bevölkerungsteil Tadschikistan zugeschlagen. Heute stellen die Usbeken dort ein Viertel der Gesamtbevölkerung, der Anteil der Tadschiken in Usbekistan liegt bei fünf Prozent. Tadschikistan besteht überwiegend aus Hochgebirge, mehr als die Hälfte des Landes liegt oberhalb von 3000 Metern. Die Geographie erklärt, warum regionale Identitäten stark ausgeprägt sind: Im Winter sind weite Landesteile von der Außenwelt abgeschnitten. Nur ein Zehntel der Gesamtfläche ist landwirtschaftlich nutzbar, 70 Prozent der Industriebetriebe liegen im Norden, im tadschikischen Teil der Fergana-Tales, in der Stadt Khodschand und Umgebung. Khodschand ist seit sowjetischer Zeit das Macht- und Wirtschaftszentrum, während die Täler des Südens und der Osten – die autonome Republik Gorno-Badakhshan, deren Bewohner dem ismailitischen Zweig des schiitischen Islams angehören, mit dem Aga Khan als spirituellem Oberhaupt – vernachlässigt wurden und unterentwickelt blieben.

Die Folge waren regionale und Clan-Rivalitäten. Die tadschikischen Clans in der südwestlichen Region Kuljab hatten seit den fünfziger Jahren enge Verbindungen zur Nomenklatur aus Khodschand, was sie wiederum zu Gegnern der Nachbarclans in Kurgan-Tjube machte. Ursprünglich stammten die Clans aus beiden Bezirken mehrheitlich aus dem Zentrum des Landes, aus Garm und dem entlegenen Karategin-Tal. Die Kommunisten hatten sie zwangsweise in den Süden umgesiedelt, wo sie auf den Baumwollfeldern arbeiten mussten. Während sich die Kuljabis mit den Kom-

munisten arrangierten und vielfach als Polizisten oder Soldaten eingesetzt wurden, entwickelte sich Kurgan-Tjube zu einer Hochburg der islamistischen Opposition.

Mit der Unabhängigkeit 1991 begann ein erbitterter Kampf um die Macht. Im Gegensatz zu den übrigen Staaten Zentralasiens gelang es dem damaligen KP-Chef in Tadschikistan nicht, sich als Präsident zu behaupten. Im September 1992 musste Rachman Nabijev nach wochenlangen Unruhen und Protesten, bei denen es in Duschanbe hunderte Tote gegeben hatte, zurücktreten. Zwei politische Kräfte standen sich gegenüber: die Neokommunisten aus Khodschand und Kuljab sowie die »Partei der Islamischen Wiedergeburt« (IRP) unter Führung von Said Abdullo Nuri. Sie wurde im Juni 1990 im russischen Astrachan gegründet, unter Federführung tatarischer Intellektueller. Ihr Ziel war es, die Muslime in der damaligen Sowjetunion für die Einführung der Scharia in Russland zu gewinnen. Dort durfte sich die IRP auf dem Höhepunkt der Glasnost von Mikhail Gorbatschow registrieren lassen (und verschwand bald darauf in der Bedeutungslosigkeit), während ihre Ableger überall in Zentralasien verboten wurden. Allein in Tadschikistan konnte sich die Partei erfolgreich im Untergrund konstituieren, im Oktober 1991. Die Führung der IRP vertritt eine gemäßigte Linie, plädiert für einen demokratischen Rechtsstaat, nicht für einen islamischen Staat und fand schnell die Unterstützung der Clans im Karategin-Tal und in Kurgan-Tjube. Anders als nach ihr die Hizb ut-Tahrir ist die IRP weniger beseelt von einer ideologischen Mission, ungeachtet radikaler Strömungen an der Basis. In erster Linie versteht sie sich als Sammlungsbewegung derjenigen Clans und sozialen Gruppen, die von der Macht ausgeschlossen sind.

Im Dezember 1992 brach der Bürgerkrieg in Tadschikistan offen aus, nachdem die Neokommunisten der »Volksfront« unter Führung eines Ex-Kriminellen und Wodka-Händlers in Duschanbe einmarschiert waren und den weithin unbekanntem Parteifunktionär Imomali Rakhmanov aus Kuljab zum Präsidenten ernannt hatten. Die IRP schloss sich daraufhin mit anderen Regierungsgegnern zur »Vereinigten Tadschikischen Opposition« (UTO) zusammen,

ebenfalls unter Führung von Nuri. Die Grausamkeit der Kriegsführung – Regierungsmilizen und lokale Kriegsherren zogen plündernd und brandschatzend über die Dörfer und töteten zehntausende Zivilisten – sowie die zugrunde liegenden regionalen und sozialen Spannungen verhinderten jahrelang erfolgreiche Friedensverhandlungen.

Erst die Machtübernahme der Taliban in Kabul im September 1996 und die Sorge Russlands und Usbekistans vor einem weiteren Vordringen des radikalen Islams verstärkten den Druck auf die Kriegsparteien in Tadschikistan. Im Juni 1997 unterzeichneten Rakhmanov und Nuri nach Vermittlung der Vereinten Nationen, der OSZE, Russlands und Irans ein Friedensabkommen. Aber erst im August 2001 war die Macht der letzten Banden- und Milizführer gebrochen, die mit Entführungen, Mord und Diebstahl entlegene Landesteile terrorisiert hatten. Mit dem Friedensabkommen wurde eine Generalamnestie erlassen. Deswegen gab es, anders als im Fall Jugoslawiens, keine juristische oder politische Aufarbeitung des Bürgerkrieges. Die Kriegsschäden in Duschanbe wurden schnell und gründlich beseitigt, die Vergangenheit verdrängt. Die Bevölkerung ist noch heute traumatisiert, doch kaum jemand wagt, öffentlich über den Krieg zu reden. Zu groß ist die Angst vor Rache und Vergeltung. Eine besonders unrühmliche Rolle spielten die Kämpfer der »Nationalen Front«, die überwiegend aus Kuljab stammten und dem Befehl von Präsident Rakhmanov unterstanden. Ähnlich wie die Serbenmilizen haben sie zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung verübt – heute sitzen die ehemaligen Milizionäre in Führungspositionen von Staat und Wirtschaft.

Das Friedensabkommen regelte vor allem die künftige Machtverteilung. 30 Prozent aller Posten in Staat und Verwaltung waren nunmehr für die UTO reserviert. »Die Vertreter der Opposition haben allerdings innerhalb kürzester Zeit vergessen, dass sie einmal Gegner der Regierung waren«, sagt Said Anwar Schokumorov, Direktor des Instituts für Orientalistik. »Die Opposition war vornehmlich daran interessiert, selber an der Macht beteiligt zu werden. An die Fleischtöpfe zu gelangen, mit anderen Worten. Das gilt insbesondere für die Partei der Islamischen Wiedergeburt.« Aus

diesem Grund hat sich die UTO 1999 aufgelöst, und mit ihr die meisten Oppositionsparteien. »Nuris Partei hat allerdings einen hohen Preis für ihre Ergebenheit gegenüber Rakhmanov gezahlt«, meint Schokumorov. »Sie hat stark an Einfluss und Ansehen verloren und besitzt keine Glaubwürdigkeit mehr. Ihre früheren Anhänger sind desillusioniert und suchen nach einer neuen politischen Heimat, die vor allem die Jüngeren in der Hizb ut-Tahrir finden.«

Die Bereitschaft Präsident Rachmanovs, die Islamisten an der Macht zu beteiligen und der Opposition 30 Prozent der Stellen in Staat und Verwaltung zu überlassen, war eine rein taktische Entscheidung. »Es gibt ein ungeschriebenes Gesetz in Tadschikistan«, betont Vadim Nazarov, OSZE-Vertreter in Duschanbe. »Ein Vertreter der Opposition, der in die Regierung aufgenommen wird oder eine Führungsposition erhält, wird automatisch Mitglied der Präsidentenpartei. Er gehört nunmehr zum System und wird ausschließlich danach beurteilt, ob er loyal zum Präsidenten steht. Wer sich nicht an diese Regel hält, verliert sein Amt und damit seine Privilegien.«

Rachmanov festigte seine Macht mit Hilfe manipulierter Präsidentschaftswahlen 1999, die ihn bis 2006 im Amt bestätigten, ein Jahr darauf folgten ebenfalls manipulierte Parlamentswahlen. Die IRP erhielt lediglich acht Prozent der Stimmen und zwei Sitze im Parlament – aber auch ohne Wahlfälschung hätte sie nach Ansicht der OSZE nicht wesentlich mehr Stimmen erhalten. Seither fühlt sich Rachmanov nicht länger an die 30-Prozent-Regel gebunden. Seine Herrschaft wird immer autoritärer, der Personenkult wächst, abzulesen an den zahlreichen Rakhmanov-Postern, die für ein »ge-eintes Vaterland« unter seiner Führung werben.

Das Friedensabkommen war kein Neubeginn und hat die grundlegenden Probleme des Landes nicht einmal ansatzweise gelöst. Die regionalen Rivalitäten sind so ausgeprägt wie zu Beginn des Bürgerkrieges, die Macht liegt vollständig in den Händen der Clans aus Kuljab und Khodschand. Ein Konzept, die soziale und wirtschaftliche Krise des Landes zu überwinden, hat die Regierung ebenfalls nicht – und selbst wenn Rakhmanov ernsthafte Refor-

men wollte, würden sie am Staatsapparat scheitern, der durch und durch korrupt und ineffizient ist. »Es gibt nichts in diesem Land, das nicht von höchster Stelle gestohlen wird«, sagt ein ausländischer Diplomat. Das Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf jährlich 648 Millionen Dollar, wenig mehr als das Budget von drei, vier Hollywood-Blockbustern. Die wichtigsten Einnahmequellen der regulären Ökonomie sind Baumwolle und Aluminium, aber der alles entscheidende Wirtschaftsfaktor ist der Drogenschmuggel von Afghanistan nach Europa, der zunehmend über Tadschikistan und die GUS-Staaten erfolgt, auf Kosten der Routen über Pakistan oder Iran/Türkei. Hohe Regierungsvertreter, die Sicherheitskräfte und das Militär sind im Drogengeschäft tätig, ebenso frühere Feldkommandanten, Justizbeamte oder Diplomaten. Nach Angaben der Vereinten Nationen entfallen 30 bis 50 Prozent des tadschikischen Volkseinkommens auf den Drogenhandel, der angesichts der politischen Instabilität und der katastrophalen Wirtschaftslage besonders gut gedeiht.

Auch russische Offiziere sind am Geschäft beteiligt. Die Grenze zwischen Tadschikistan und Afghanistan wird seit sowjetischen Zeiten von der 201. Division kontrolliert, die 19.000 Mann umfasst und hauptsächlich von Moskau finanziert wird. Diese »Russische Division«, die von Russen geführt wird und im übrigen aus tadschikischen und kaukasischen Söldnern besteht, hat zwei Aufgaben: die Grenze vor Übergriffen radikaler Islamisten aus Afghanistan zu schützen und den Drogen- und Waffenschmuggel zu unterbinden. »In Wirklichkeit hat die russische Armee ein vitales Eigeninteresse am Drogengeschäft, nicht allein in Tadschikistan, auch in Russland selbst«, sagt ein ausländischer Experte, der namentlich nicht genannt werden möchte. Die International Crisis Group mit Sitz im kirgisischen Osch vermutet, das jährlich 70.000 Kilo afghanischen Rohopiums durch Tadschikistan geschleust werden, die dort 14 Millionen Dollar wert sind, in Moskau bereits 700 Millionen Dollar erzielen, in Westeuropa weit über eine Milliarde.

Davon unabhängig ist Tadschikistan die letzte verbliebene Einflussszone Russlands in Zentralasien. Moskau wird seine dortige Militärpräsenz mit Sicherheit beibehalten, als Gegengewicht zum

wachsenden amerikanischen Einfluss in der Region. Tadschikistan ist neben Afghanistan ein Schlüsselland: Fällt Afghanistan zurück in Anarchie und Bürgerkrieg, würde Tadschikistan wohl erneut zum Einfallstor radikaler Islamisten in Zentralasien werden, wie das Beispiel der »Islamischen Bewegung Usbekistans« gezeigt hat.

Die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung findet allerdings in einer anderen Welt statt. Fragen von Macht und Herrschaft berühren sie nicht. Auch in den Nachbarländern reduziert sich politische Kultur auf bloßen Systemerhalt, aber nirgendwo ist die Gleichgültigkeit und das Unverständnis der Regierenden gegenüber den Besitzlosen so sichtbar, so offenkundig wie in Tadschikistan. Die Clanmentalität fördert den Eigennutz, auf Kosten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der Einzelne, das Individuum, ist ein Niemand, solange er nicht zur eigenen Gruppe, zum eigenen Kollektiv gehört. Die präsidiale Diktatur, die Ausübung totalitärer Macht, ist die logische Konsequenz dieser Clanmentalität, die nur Freund oder Feind kennt, alles oder nichts, bestenfalls noch Widersacher kooptiert, sofern sie nicht mehr auszuschalten sind. Clanwesen und Pluralismus, die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit einerseits und Gewaltenteilung andererseits, schließen einander aus. Clanstrukturen verweisen auf feudale gesellschaftliche Verhältnisse, wie sie in Zentralasien und der arabisch-islamischen Welt vorherrschend sind. Sie werden nur teilweise überlagert von Industrialisierung und Modernisierung, deren soziale und kulturelle Basis die schwach ausgeprägte städtische Mittelschicht ist.

Im Rahmen der Anti-Terror-Koalition, die Zentralasien in die geostrategischen Planspiele Washingtons einbezieht, werden Figuren wie Karimov oder Rachmanov zu Verbündeten des Westens. Ihre Macht wird gestärkt, die eigentliche Ursache terroristischer Gewalt, Unfreiheit und Armut, bleibt unberührt. Armut führt nicht zwangsläufig zur Revolte, aber sie bildet den Bodensatz für radikale Ideologien. In Tadschikistan leben 80 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, davon gelten ein Drittel nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit in Duschanbe als »sehr arm«, ein Fünftel als »verzweifelt«. Dieses Fünftel entspricht einer Million Menschen.

Eine Reise in den Südwesten Tadschikistans, ein weites, flaches Land, zu beiden Seiten eingegrenzt von Gebirgsketten, das sich von Duschanbe bis zur afghanischen Grenze erstreckt, gehört zu den nachhaltigsten Eindrücken, die ein Besuch Zentralasiens vermitteln kann. Wer diese Armut, diese Ausbeutung und Ausweglosigkeit gesehen hat, wer sie nicht verdrängt oder relativiert, der kann nur einen Schluss ziehen: Es ist lediglich eine Frage der Zeit, bis Tadschikistan eine soziale Explosion erlebt.

Die Dörfer sind aus Lehm mit Wellblechdächern, auch Chodscha Burdod, südlich von Kurgan-Tjube, 80 Kilometer vor der Grenze. Früher hieß der Ort Partisan. Alle Dörfer in der Gegend hatten revolutionäre Namen. Sie entstanden Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre. Im Zuge der Zwangsumsiedlungen aus Garm und dem Karategin-Tal, als auf den Baumwollplantagen im Süden Arbeitskräfte fehlten. Obwohl die Menschen bitterarm sind, ist ihnen Gastfreundschaft heilig. Man muss aufpassen, dass sie nicht ihr letztes Schaf zu Ehren des unverhofften Besuchers schlachten. Wir sitzen in der Lehmhütte des Bauern Muazzat, deren Kriegsschäden er notdürftig beseitigt hat. Statt Fenster gibt es Plastikfolien, das Dach besteht aus zusammengenähten Leinensäcken der Hilfsorganisation Usaid, die einmal Mehl enthielten. Dies ist die Geschichte, die Muazzat erzählt:

»In Chodscha Burdod leben 140 Familien. Jede Familie besteht aus etwa sieben Personen. Als der Krieg ausbrach, sind wir Hals über Kopf Richtung Grenze geflohen. Wir haben nur die Kinder mitgenommen und das, was wir tragen konnten. Die russischen Soldaten haben uns alles gestohlen. Nur wer nichts mehr hatte, durfte über den Grenzfluss Amu Darja nach Afghanistan. Viele sind dabei ertrunken. Ein halbes Jahr später, im Mai 1993, sind die ersten Familien wieder ins Dorf zurückgekehrt. Sie wurden von Milizen aus Kuljab erschossen. Erst Anfang 1998, also mehrere Monate nach Kriegsende, waren wir alle wieder hier.

Unser Dorf war vollkommen zerstört, nur die Grundmauern standen noch. Jedes Haus war ausgebrannt, die Bäume entwurzelt, die Stromkabel, alles, was irgendwie mitzunehmen war, war weg. Bei unserer Flucht hatten wir die Türen offengelassen. Jeder

konnte sehen, wie arm wir sind. Aber sie haben alles zerstört. Leute aus den Nachbardörfern. Sie haben jetzt unsere Möbel und tragen unsere Sachen. Das sind Dörfer, die mit der Regierung zusammengearbeitet haben. Da wir aus Garm und dem Karategin-Tal stammen, gelten wir als Gebirgstadschiken und Wahhabiten. Wir waren ihre Feinde. Wir mussten fliehen, sie sind geblieben.

Es gibt viel Hass. Wir wissen genau, wer wen getötet hat. Was sollen wir tun. Ein schlechter Frieden ist besser als ein guter Krieg. Viele denken an Rache und Vergeltung. Doch dann beginnt wieder die Gewalt. Wir haben den Krieg erlebt. Nie wieder! Aber der Zorn und die Verzweiflung der Jugend ist sehr groß.

Ich habe für unser Dorf den Friedensvertrag unterschrieben. Wir sind für die Partei der Islamischen Wiedergeburt. Deswegen behandeln uns die Behörden sehr schlecht. Sie reden nicht mit uns und weigern sich, unsere Anliegen anzuhören. Wir unterstützen nicht den Islam, weil wir die islamische Revolution wollen. Wir wollen keine Verhältnisse wie in Afghanistan. Aber wir wollen Gerechtigkeit. Wir sind auch Menschen.

Im Dorf sind wir Bauern, abgesehen von ein paar Händlern. Wir haben nur wenig eigenes Land. Hauptsächlich arbeiten wir als Baumwollpflücker. Eigentlich verdienen wir fünf Somoni im Monat (ein Euro 60 Cent), aber für die letzten drei Monate haben wir lediglich zwei bekommen. Viermal im Jahr wird die Baumwolle geerntet, in der Regel werden wir aber nur für zwei Ernten bezahlt. Am Anfang der Saison, im März, kommen Hassan Schah und Rahman aus der Kolchose in Kuljab. Sie geben uns einen Sack Weizen, damit wir mit der Arbeit beginnen, und versprechen viel. Danach sehen wir sie ein Jahr lang nicht wieder.

Wir arbeiten von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, sechs Tage die Woche, im Sommer bei Temperaturen bis zu 50 Grad. Männer wie Frauen. Wenn wir Durst haben, trinken wir Wasser aus Pfützen. Vor den Chemikalien, die sie einsetzen, schützen wir uns mit einem Tuch, das wir vors Gesicht binden. Manchmal bezahlen sie uns nicht mit Geld, sondern mit Baumwollöl. Das verkaufen wir dann auf den Märkten. Wenn die Polizei uns dabei erwischt, verhaftet sie uns, weil wir keine Marktlizenz haben. Wir

bestechen sie, und sie lassen uns wieder frei. Ohne die Großfamilie könnten wir nicht überleben. Wir würden verhungern, obwohl wir Bauern sind.«

Neben dem Rückhalt der Großfamilie sind vor allem die Überweisungen tadschikischer Saison- und Gastarbeiter aus Russland, der Ukraine und anderen GUS-Staaten lebensnotwendig. Ein erheblicher Teil der jungen, männlichen Bevölkerung arbeitet im Ausland, inoffiziellen Schätzungen zufolge bis zu 700.000 Personen. Überwiegend sind es Anhänger und Aktivisten der Opposition, die während des Krieges gegen die Regierung gekämpft haben. Dieser Export von Arbeitskräften verringert das Potenzial für politische und soziale Unruhen, jedenfalls für die nahe Zukunft.

»Ich denke, die Regierung hat höchstens noch 10, 15 Jahre Zeit, um die notwendigen Reformen einzuleiten«, sagt Scherzod Abdullojev, Islamwissenschaftler an der Akademie der Wissenschaften in Duschanbe. »Schafft sie das nicht, gibt es hier eine Revolte, die entweder islamistisch oder neokommunistisch ausgerichtet sein wird – oder von beiden etwas enthält.« Die radikalen Bewegungen der Zukunft würden mit den heutigen Oppositionsparteien nichts mehr zu tun haben, auch nicht mit der Hizb ut-Tahrir, die vor allem im Norden stark ist. »Hunderte islamistische Prediger sind in Pakistan ausgebildet worden«, betont Abdullojev. »Sie sind radikal, kampfbereit und beseelt von ihrer Ideologie, die sie über eigene Schulen verbreiten. Damit schaffen sie Netzwerke loyaler Anhänger, der Muriden.« Traditionell sei der Islam in Tadschikistan vom Sufismus getragen, einer Religion der Heiligenverehrung und der Meditation. Aber angesichts der großen Probleme und der existenziellen Not begriffen immer mehr Gläubige den Islam als ein moralisches und ideologisches Regelwerk, an dem die Machthaber und Privilegierten gemessen würden. Aus dem Volksglauben werde zunehmend eine Art »Befreiungstheologie«.

Duschanbe, die Gartenstadt. Durchzogen wird sie vom kilometerlangen Prospekt Rudaki, der auf dem Freiheitsplatz endet. Hier, zu Füßen eines überdimensionalen Denkmals des persischen Dichters und Philosophen Rudaki (gest. 940), begann der Bürgerkrieg. Heute liegen ganz in der Nähe Cafés und Restaurants, flanieren

Frauen mit Kopftuch in traditionellen, farbenfrohen Gewändern, die bis zu den Knöcheln reichen, einige wenige tragen Minirock und Jeans. Die Atmosphäre ist friedlich, gelassen, entspannt, zur Zeit des Sonnenunterganges liegt über der ganzen Stadt ein stetig anschwellendes Vogelkonzert, das ebenso plötzlich aufhört wie es begonnen hat. Alles in Tadschikistan ist jäh und ohne Übergang, die Schönheit und der Schrecken. Europa und Zentralasien sind zwei verschiedene Welten, und auch die wechselseitige Wahrnehmung könnte gegensätzlicher kaum sein. Im Westen gilt Zentralasien als wirtschaftliche und politische Schlüsselregion, instabil und deswegen anfällig für den »islamischen Totalitarismus«. Umgekehrt bündelt Europa, »der Westen«, die Sehnsüchte der breiten Mehrheit der Bevölkerung, Metapher und Symbol für ein besseres Leben. Geostrategie begegnet der Hoffnung von Millionen Menschen, aber beider Pole berühren sich nicht. Zentralasien läuft Gefahr, die Entwicklung der arabisch-islamischen Welt zu wiederholen: Staatliche Willkür, islamistische Gewalt, westliche Hegemonie und Intervention, die im Ergebnis das gesellschaftliche Klima aus Repression und Ausweglosigkeit noch verstärken.

Es gibt keine Patentrezepte im Umgang mit Diktatoren. Wer sie aber zu Bündnispartnern macht, ohne Forderungen an sie zu richten, verhindert politische und wirtschaftliche Reformen. Bis die Dinge am Ende außer Kontrolle geraten. Und daran ändert dann auch das Engagement westlicher Hilfsorganisationen nichts mehr, die gerade in Tadschikistan gute und notwendige Arbeit leisten, von der Gesundheitsfürsorge bis zum Aufbau einer unabhängigen Justiz.

Im Grunde ähneln die Verhältnisse in der Region dem hell erleuchteten Prospekt Rodaki zu später Stunde. Bis weit in die Nacht flanieren dort die Passanten, bewacht von Polizisten an jeder Kreuzung. Aber nur ein paar Meter links und rechts der Hauptverkehrsader ist es finster und dunkel. Niemand wäre so töricht, sich dorthin zu verirren.

Neue Veröffentlichungen

Michael Dauderstädt / Lothar Witte (eds.)

Work and Welfare in the Enlarging Euroland

Nicholas Crook / Michael Dauderstädt / André Gerrits

Social Democracy in Central and Eastern Europe

Frieden und Sicherheit

Michael Ehrke

Bosnien:
Zur politischen Ökonomie eines erzwungenen Friedens

Ulla Jasper

Europa, die USA und die NATO
Die Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik

Dana Eyre / Andreas Wittkowsky

The Political Economy of Consolidating Kosovo: Property Rights, Political Conflict and Stability

Politikinformation Osteuropa

Uwe Halbach

Erdöl und Identität im Kaukasus
Regionalkonflikte zwischen ethnischer Mobilisierung und ökonomischem Interesse

Politikinfos

Michael Dauderstädt

Die transatlantische Differenz im Kampf gegen den Terrorismus

Alfred Pfaller

Rechtspopulismus in Europa:
Wovon nährt sich die Politik der Ressentiments?

Alfred Pfaller

Palästina:
Konfliktstrukturen, Handlungsoptionen, Friedensbedingungen

Michael Ehrke

Zur politischen Ökonomie des Palästina-Konflikts

